

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3.00 M.
(binnen 95 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postkonto 4.32 M., einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 75 Pf. Postbefreiung-
führer, Auslandabonnement 6.— M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Briefposttarif 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich einmal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, „Wirtschafts- und Sozial-
politische Sonntagsbeilage“
„Volk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 298-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Dis.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65-66.

Donnerstag
1. Oktober 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseit. Kompensations- 80 Pf.
Kleinanzeigen 5.— M. „Kleine An-
zeigen“ des letztgedruckten Wort 25 Pf.
(unabhängig von letztgedrucktem Wort), jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10. Rabatt 15. Rabatt
Stellengeluche das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 10 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Einbehalten 2. wochen-
täglich von 9/11 bis 11 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Widerrückung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Die Sozialdemokratie fordert.

Besprechungen beim Reichskanzler.

Am Mittwoch brachten die Führer der Sozialdemokratischen Partei in einer Besprechung beim Reichskanzler Dr. Brüning die in der neuen Notverordnung zu regelnden Fragen zur Sprache. Sie unterrichteten den Reichskanzler nochmals eingehend über ihren Standpunkt namentlich in bezug auf die Frage der Neuregelung der Arbeitslosenversicherung und der restlosen Aufrechterhaltung des Tarifrechts. Sie legten insbesondere Gewicht darauf, daß eine weitere Herabsetzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung nicht zu tragen sei. Im Zusammenhang damit wurde nochmals betont, daß die zugesagte Beseitigung der schlimmsten sozialen Härten aus der Juni-Notverordnung nunmehr in der kommenden Notverordnung erfolgen müsse. Der Reichskanzler nahm diese Ausführungen zur Kenntnis und erklärte, daß das Reichskabinett sich bereits in den nächsten Tagen abschließend mit dem Inhalt der neuen Notverordnung befassen werde.

Im Verlauf der Aussprache erklärte der Reichskanzler, daß die Pressemeldungen, wonach sich die Reichsregierung mit dem Programm der Wirtschaftverbände identifiziere und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen der Begründung entbehren.

Regierung und Unternehmerprogramm.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In Anknüpfung an eine geistige Zeitungsnote war bei der Presseabteilung der Reichsregierung angefragt worden, wofür Zweck mit der gestern veröffentlichten Eingabe der Wirtschaftsverbände nach amtlicher Auffassung wohl verfolgt werde. Darauf ist amtlicherseits erwidert worden, daß nach Feststellung der den in Betracht kommenden Verbänden die Eingabe nicht als eine Kampfanlage an die Regierung, sondern als Stütze für die Regierungsarbeit angesehen werden sollte. Dieser amtlichen Mitteilung war keine eigene sachliche Stellung der Reichsregierung beigelegt.

Insbesondere in keiner Weise erklärt worden, daß die in der Eingabe der Verbände enthaltenen Grundzüge das Programm der Reichsregierung darstellen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, wird amtlich erseits letztere Feststellung erneut bestätigt.

Alle Gewerkschaften schützen das Tarifrecht.

Die Art und Weise der Vorbereitung der Unabdingbarkeit der tariflichen Lohn- und Gehaltsbestimmungen hat sowohl die freien wie die christlichen Gewerkschaften und den Gewerkschaftsring zu heftigen Gegnern. Nachdem die freien Gewerkschaften auch durch die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem Reichskanzler Dr. Brüning diese Gegnerschaft am Mittwoch zur Kenntnis gebracht haben und der Gewerkschafts-

ring seine Mitwirkung im Kampf um das Tarifrecht zugesagt hat, wird dem Nachrichtenbüro des BDIJ. von maßgebender Stelle der christlichen Gewerkschaften gesagt, daß auch sie nicht nur dem Reichsarbeitsminister, sondern dem Reichskanzler ihre scharfe Ablehnung zum Ausdruck gebracht hätten. Auch die christlichen Gewerkschaften seien gegen einen gesetzlichen Eingriff in das Tarifrecht, zumal im großen und ganzen die Tarifverträge bereits elastisch seien. Man brauche nur zu bedenken, daß über 70 Prozent der Arbeiterschaft im Accord beschäftigt sei und daß zwischen den höchsten und niedrigsten Accordlöhnen ein sehr beträchtlicher Spielraum liege, um den Nachweis für diese Elastizität der Tarifverträge zu haben. Wenn eine Notverordnung an den Grundlagen des Tarifrechts rütteln würde, so würde dies den äußersten Widerstand auch der christlichen Gewerkschaften zur Folge haben. Die Einführung des abdingbaren Lohnes würde nach Meinung der Gewerkschaften zur Folge haben, daß sämtliche jetzt gezahlten Löhne sehr bald auf den nicht mehr abdingbaren Mindestsatz herabgedrückt würden.

Der Bankrott der Wirtschaftsführerlegende.

Die „Tägliche Rundschau“, das Organ des Christlich-sozialen Volksdienstes, nimmt entschiedene Stellung gegen die Forderungen der Wirtschaftsverbände. Sie schreibt:

In der Tat ist die Lage unserer deutschen Wirtschaftslage zur Zeit keine beneidenswerte. Daß sie vorwärts und Angewandten der Wirtschaftslage entspricht und ist, erscheint selbstverständlich. Die Unternehmer haben ihrerseits mit Gegenmaßnahmen und Angriffen nicht gekant. Allerdings ist der Zweifel in die Richtigkeit der Politik unserer Unternehmerrführung aber in viel weitere Kreise vorgedrungen, vor allem, was unsere Wirtschaftsführer besonders schwer trifft, in weite Kreise der akademischen Jugend. Diese Tatsache lastet natürlich um so schwerer auf dem deutschen Unternehmertum, als es seit Jahr und Tag sich außerstande sieht — und zwar zweifellos heute auch ohne eigene Schuld — das einzige durchschlagende Beweismittel gegen diese Angriffe ins Feld führen zu können: den privatwirtschaftlichen Erfolg!

Wenn nun aber die Rundgebung an den Reichskanzler als eine Entlastungsoffensive der deutschen Wirtschaftsführung gedacht ist, dann muß schon heute ihre völlige Wirkungslosigkeit festgestellt werden. Und zwar allein wegen der aller wirtschaftlichen und politischen Wirklichkeit widersprechenden Forderung, daß die Regierung sich entweder für rein sozialistische oder rein kapitalistische Wirtschaftsmethoden entscheiden müsse.

Was soll die Phrase von der schöpferischen Einzelpersönlichkeit des Arbeitnehmers für die am laienenden Band tätigen Menschen bedeuten? Was bleibt aber schließlich auch vom schöpferischen Unternehmer übrig, dem Kartell, Syndikat oder Konzern Menge und Art der Erzeugung und ebenfalls den Preis und den Kunden vorzuschreiben?

Die Schuld nimmt den kapitalistischen Wirtschaftsführern niemand ab, und ihre Entlastungsoffensive bleibt trocken! Die „Tägliche Rundschau“ bescheinigt ihnen zum Schluss, daß ihnen das Verdienst für die politische und wirtschaftliche Wirklichkeit fehlt. Diese Leute wollen die Diktatoren spielen!

ten und aufhören werde, eine der Partei feindliche Organisationsfunktion zu unterstützen.

Unterhaus wird vertagt.

Noch keine Entscheidung über die Neuwahl.

London, 30. September. (Eigenbericht.)

Mackdonald teilte am Mittwoch im Unterhaus mit, daß das Parlament voraussichtlich am nächsten Mittwoch vertagt wird.

Borlängig versucht der Premierminister noch, zwischen den Gegnern und Anhängern sofortiger Wahlen, ein Kompromiß zustandzubringen, um dann an der Spitze einer „nationalen Regierung“ vor das Land zu treten. Das Programm, das den Wählern bei dieser Gelegenheit vorgelegt werden soll, wird keine Einzelheiten enthalten. Die Regierung hat vielmehr die Absicht, sich vom Volke zu allen dringenden notwendigen Maßnahmen bevollmächtigen zu lassen. Die Liberalen sind für diesen Weg bisher noch nicht gewonnen worden.

Die ungarische Sozialdemokratie stellt in einem Aufruf an das ungarische Volk fest, daß die Regierung sich um das fürchterlich anwachsende Elend nicht kümmert und das soziale Problem mit dem Ständerecht zu lösen trachtet. Wenn kein Systemwechsel eintrete, sei die Katastrophe unabweisbar. Der Aufruf fordert einen Systemwechsel im demokratischen Sinne und eine umfassende Agrarreform.

Der eigene Laden.

Was die Arbeiterklasse am nötigsten braucht: eine neue Partei Rosenfeld-Sendewitz!

Am nächsten Sonntag soll also die „Sozialistische Arbeiterpartei“ gegründet werden, die im „Berliner Tageblatt“ vom 24. September angekündigt worden war. Als sich die Redaktion des „Vorwärts“ bei einem führenden Mann der Opposition nach dem Wahrheitswert dieser Nachricht erkundigte, wurde ihr in den stärksten Ausdrücken beteuert, es sei kein Wort davon wahr. Am Tage zuvor war ihr ein Schreiben der „Freien Verlagsgesellschaft“, das das Weitererscheinen der „Fackel“ entgegen dem Beschluß des Parteiaussschusses ankündigte, von einem der Gesellschafter als ein „untergeordneter Verwaltungsakt“ bezeichnet worden. Reidlos müssen wir bekennen, daß sowohl die bürgerliche wie auch die kommunistische Presse von den ehemaligen Genossen des „Fackel“-Kreises richtiger informiert worden ist als der „Vorwärts“. Hätten wir die Nachricht veröffentlicht, daß schon lange vor dem Ausbruch des offenen Konflikts über die Herausgabe einer Tageszeitung, einer neuen „Freiheit“, verhandelt worden ist, so hätte man uns gewiß mit der gleichen treuerzigen Miene versichert, auch dies sei nicht wahr. Jetzt wird das Erscheinen der Tageszeitung — das schon vor dem Konflikt vorbereitet worden war — zum 1. November angekündigt.

Durch den Ausschluß von Rosenfeld und Sendewitz und das Ausscheiden derer, die ihnen folgen, wird ein Zustand beendet, der untragbar geworden war. Kameradschaftliche Mächtigkeiten ist die sechs Monate lang erfolgreiche Zusammenwirkung. An dieser Unmöglichkeit hat es schon lange gefehlt. Leidenschaftliche Kritik, die einer lautereren Absicht entspringt, läßt sich ertragen. Nicht ertragen lassen sich Verschwämmerungen und Machenschaften im Dunkeln, die abgelehnt werden, wenn ein Lichtstrahl auf sie fällt. Solche Methoden wirken, besonders auf die Jugend, moralisch verwüstend. Es ist notwendig, daß sich die Partei gründlich von ihnen befreit!

Gegen diese Methoden, nicht gegen die Meinungsfreiheit, richtet sich die Aktion der Parteinstanzen. Das Kapitel der Meinungsfreiheit steht auf einem ganz anderen Blatt. Selbstverständlich ist absolute Meinungsfreiheit innerhalb einer Gestaltungsgemeinschaft ein Widerspruch in sich selbst. Selbstverständlich gibt es Meinungen, die man nicht haben kann, ohne damit aufzuhören. Sozialdemokrat zu sein. Die notwendige und dringende erwünschte Selbstkritik hat nichts zu tun mit einem hemmungslosen Herunterreißen der Partei, zu der man sich mitgliedsbuchmäßig bekennt. Die Sozialdemokratie hat bisher innere Meinungsfreiheit bis an die Grenzen des Möglichen gewährt. Sie hat rednerische und journalistische Erzeile geduldet ertragen — nicht ertragen hat sie die Heimlichkeit, die Unaufrichtigkeit, mit der an ihrer Sprengung von innen heraus gearbeitet wurde. Es muß für die Minister selber auch eine Erleichterung sein, daß sie jetzt die Maske ablegen und sich als das zeigen können, was sie sind.

Eigene politische Gedanken haben wir bei den Gründern der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ nie erdreden können. Wenn sie jetzt ein Programm fabrizieren, so werden sie entweder das sozialdemokratische oder das kommunistische Programm abschreiben müssen: ein drittes dazwischen kann es nicht geben. Ein „sozialistischer Arbeiterparteieller“ kann nur entweder ein verschämter Kommunist oder ein verärgelter Sozialdemokrat sein. Ist er das erste, zeigt ihm Dettlinghous den Weg. Ist er das zweite, so gibt es für ihn überhaupt keinen Weg, denn Verärgerung ist keine Grundlage für die Gründung einer Partei. Die Ursache dieser Verärgerung, die Unzufriedenheit mit der Taktik der Partei, kann sich über Nacht in Zufriedenheit verwandeln, wenn sich die Taktik ändert. Nur daß dann derjenige, der inzwischen davon gelaufen ist, seine Unfähigkeit bewiesen hat, im Rahmen einer Gemeinschaft politisch zu handeln.

Die Sozialdemokratische Partei ist gerade jetzt durch die Wirtschaftskrise in einen offenen Kampf gegen den Kapitalismus gedrängt, schärfer und prägnanter als je formuliert sie ihre sozialistischen Kampfsziele. Ueber die Taktik dieses Kampfes kann man verschiedener Meinung sein — man kann sehr verschiedener Meinung darüber sein, wie lange noch die bisherige Taktik weiter geführt werden soll. Aber daß man die Ziele des Sozialismus schneller erreichen kann, wenn man eine neue sozialistische Partei gründet — das kann nur ein Narr glauben!

Jeder Arbeiter begreift, daß die Aussichten auf den Sieg der sozialistischen Arbeiterbewegung wachsen, wenn sich die

Ausschlüsse aus der Labour Party.

Mackdonald, Snowden, Thomas usw.

London, 30. September.

Die Arbeiterpartei hat den Premierminister Mackdonald und seine familiären Anhänger aus der Partei formell ausgeschlossen.

Wie der „Daily Herald“ meldet, hat der Vollzugsausschuß der Partei eine Entschließung angenommen, wonach alle Mitglieder der nationalen Regierung und ihre familiären Anhänger innerhalb und außerhalb beider Häuser des Parlaments automatisch und unaufrüglich ausfahren. Mitglieder der Arbeiterpartei zu sein. Es sind dies Premierminister Mackdonald, Schatzminister Snowden, der Staatssekretär für die Dominions Thomas, der Parlamentssekretär Santen, der Generalsekretär William Scott, der Justizminister Amulree, zwei Unterstaatssekretäre, deren einer der Sohn Mackdonalds, Malcolm Mackdonald, ist, und sieben Unterhausmitglieder, die nicht der Regierung angehören, aber auf der Regierungsbank sitzen und sitzen. — „Daily Herald“ bemerkt erläuternd, diese Ausschließung erfolge aus demselben Grunde wie seinerzeit die Ausschließung Sir Oswald Mosley und seiner Anhänger. Das Arbeiterblatt sagt ironisch, die Entschließung habe dementsprechend Mackdonald mit Wärme begrüßt. Der Versuch, eine neue „nationale“ Partei zu schaffen, verirage sich nicht um den Esaktionen der Arbeiterpartei. Selbstverständlich könne jedes ausgeschlossene Mitglied wieder zugelassen werden, wenn es die Zustimmung gebe, daß es in Zukunft die Sozialisten beab-

Lohnabbau durch Notverordnung

... und Subventionspolitik auf Kosten der Steuerzahler.

Kräfte des Bürgertums zersplittern. Jede Spaltung oder Abspaltung im bürgerlichen Lager wird von den sozialistischen Arbeitern mit Genehmigung aufgenommen. Kann ein Arbeiter blind sein für das schadenfrohe Grinsen, mit dem seine Klassengegner jetzt die Pläne der Sendewitz und Rosenfeld begrüßen? Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die immer wieder die große Aufgabe des Kommunismus feiert, ein Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie zu sein, hält auch schon für die Gründer der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ die Vorberträge bereit.

Die Gründer selbst können kaum so verblendet sein, sich über den Grad ihrer Aussichten zu täuschen. Sie haben wohl geglaubt, Zeitpunkt und nähere Umstände ihrer Spaltungsaktion selbst bestimmen zu können; sie hätten gern fürs Vorschlagen einen günstigeren Augenblick gewählt. Daran sind sie durch die Beschlüsse des Parteiausschusses und des Parteivorstandes gehindert worden, und so befinden sie sich jetzt wohl in einiger Verlegenheit. Wem glauben sie einreden zu können, daß ein neuer Parteitag dasjenige ist, was die Arbeiterklasse in dieser Notzeit am notwendigsten braucht?

Neun Jahre sind vergangen, seit sich angeichts des Mordes an Rathenau und der ungeheuren Reaktionsgefahr die Einigung von Nürnberg vollzog. Millionen Arbeiter begrüßten den Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Parteien zu einer unauflösbaren Kampf-gemeinschaft, aber wer schon damals den Wert der Einigkeit am schwersten begriff, das war — das Parteitagsprotokoll von Gera zeigt es — Kurt Rosenfeld. Ihm tut das, was in Nürnberg geschehen ist, schon längst wieder leid, und er möchte es gerne wieder rückgängig machen. Was er treibt — mögen seine persönlichen Motive noch so unanfechtbar sein —, ist ein aus tiefer Verstandnislosigkeit geborenes frevelhaftes Spiel mit den Interessen der Arbeiterklasse. Daß er und seine Freunde sich aus bornierter Rechthaberei so rettungslos verrannt haben, kann man menschlich bedauern. Aber als Politiker haben sie den Bankrott, dem sie entgegengelaufen, verdient. Denn keiner darf ungestraft bleiben, der gegen das Wert von Nürnberg die Hand erhebt!

Spaltspitz in Breslau.

Der örtliche Vorstand des Amtes enthoben.

Breslau, 30. September. (Eigenbericht.)

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in Breslau wurde von dem Bezirksvorstand Mittelschlesien der SPD. seines Amtes enthoben. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß sich der Vorsitzende der Breslauer Ortsgruppe der SPD. mit den aus der Sozialdemokratie ausgeschlossenen Abgeordneten solidarisch erklärte.

Der äußere Zustand der Abspaltungsbewegung innerhalb der Breslauer Parteiorganisation erfolgte am Dienstagabend mit einer Rundgebung der SAJ., der Arbeitsgemeinschaft junger Sozialisten (Vorläufer der früheren Jungsozialisten), sowie der sozialistischen Studenten und Schüler. Es sprach der bisherige Parteivorstand Ernst Eckstein. Er teilte mit, daß Sendewitz und Rosenfeld ausgeschlossen worden seien. Die Rundgebung endete mit der Annahme einer Entschließung, in der gesagt wird, daß die proletarische Jugend in Breslau stets den Kampf der Linken gegen die Infiltrationspolitik mit glühender Sympathie verfolgt habe. Weiter heißt es wörtlich: „Die proletarische Jugend Breslaus verurteilt die Tat des Parteivorstandes, der damit die Sozialdemokratische Partei spaltet, und gelobt, treu zu Rosenfeld und Sendewitz als ihren Führern im Klassenkampf zu stehen.“

Die Antwort des Bezirksvorstandes Mittelschlesien auf diese Entschließung, mit der der erste Trennungsschritt vollzogen war, erfolgte am Mittwoch bereits in den frühen Vormittagsstunden. Der Ortsvorstand Breslau wurde mit sofortiger Wirkung seiner Ämter enthoben. Außerdem wurde der bisherige Ortssekretär Mag. Rausch ebenfalls unverzüglich von seinem Posten entfernt. Ferner hat der Bezirksvorstand die für Freitag angekündigte Funktionäre- und Vertreterversammlung, in der Sendewitz sprechen sollte, abgesagt. Die Beschlüsse des Ortsvereins wurden dem Bezirkssekretär Bretthorst übertragen.

Unter der Überschrift „Für die Einheit der Sozialdemokratischen Partei! Wieder mit den Spaltnern!“ beschäftigt sich die Mittwoch-Ausgabe der „Volkswacht“ sehr ausführlich mit den Abspaltungsmachenschaften der Breslauer Opposition. Rücksichtslos geht ein Aufruf des Bezirksvorstandes das Betragen der Ultralinken. In diesem Aufruf heißt es u. a.: „Nur wegen der sonderorganisationsmäßigen Bestrebungen, nicht aber wegen ihrer kritischen Haltung zur politischen Taktik erfolgte der Ausschluß von Sendewitz und Rosenfeld. Da Eckstein als Vorsitzender der Ortsgruppe Breslau am Dienstag in der Jugendrundgebung erklärte, daß er hinter Sendewitz und Rosenfeld stehe, und da auch Ziegler sich mit den Ausschlossenen solidarisch erklärte, ist der Spaltspitz auch in den Bezirk Mittelschlesien der SPD. getragen worden. Niemand denkt daran, irgendein Mitglied in seiner Meinungsfreiheit zu beschränken. Jeder hat die Freiheit in der Partei unbegrenzt zum Ausdruck bringen können. Gerade auch die Breslauer Genossen haben von dieser Freiheit immer den größten Gebrauch gemacht, ohne daß sie je behindert worden sind. Das wird auch weiter so bleiben.“

Verlag und Redaktion der „Volkswacht“ verurteilen das Treiben der Gruppe um Eckstein und Ziegler ebenfalls in einer Erklärung mit folgenden außerordentlich scharfen Wendungen: „Die Handlungsweise der jetzt von der Partei Abspaltenden ist nichts weiter als Treubruch in schwerster Kampfzeit und ein schweres politisches Verbrechen. Es handelt sich allein darum, daß die fraglichen Genossen es nicht über sich bringen können, sich den Beschlüssen der höchsten Parteinstanz zu fügen, die für jedes Mitglied einer politischen Kampforganisation bindend sein müssen. Redaktion und Verlag der „Volkswacht“ sowie der „Volkswacht“-Kopialblätter erklären, daß sie, unbeschadet der politisch-taktischen Auffassung der einzelnen Redakteure, freu hinter der Partei stehen und jeden Versuch von Abspaltungen aufs schärfste bekämpfen werden.“

Welche Entwicklung die zweifellos schon von langer Hand systematisch vorbereitete Abspaltungsbewegung in Breslau weiterhin nehmen wird, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Am Mittwoch erklärte Eckstein, wie bürgerliche Abendblätter melden, einem Vertreter der „Schlesischen Korrespondenz“, daß er sich im Gegenatz zu dem Bezirksbeschlusse die Verhandlungsgeschäfte nicht aus der Hand reißen lassen werde. Er nehme bestimmt an, daß die überwiegende Mehrheit der Breslauer und der schlesischen Arbeiterklasse hinter ihm stehe. Die

Die Reichsregierung gibt bekannt: Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1. Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, bei der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 27. September 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 513) ergangen sind, die in dem Schiedspruch vorgeschlagene Laufdauer der Regelung ohne Zustimmung der Parteien zu ändern.

§ 2 Absatz 1: Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Untertagearbeiter des Steinkohlenbergbaues des Ruhrgebietes und ihre Arbeitgeber mit Wirkung vom 1. Oktober bis zum 30. November 1931 von der Beitragspflicht zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu befreien. Sie kann die Befreiung auch auf die unter Tage beschäftigten Angestellten und auf andere Steinkohlenebengebiete ausdehnen und ihre Geltungsdauer über den 30. November 1931 hinaus verlängern.

Abatz 2: Durch die Befreiung von der Beitragspflicht wird das Versicherungsverhältnis der Arbeitnehmer nicht berührt. Der Ausfall an Beiträgen wird der Reichsanstalt vom Reich ersetzt. Die Einzugsstellen sind verpflichtet, der Reichsanstalt alle Angaben zu machen, die zur Feststellung des Beitragsausfalles erforderlich sind. Das Nähere bestimmt der Reichsarbeitsminister.

§ 3 dieser Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. September 1931.

Der Reichspräsident: von Hindenburg.

Der Reichszentraler: Dr. Brüning.

Der Reichsminister des Innern: Dr. Wirth.

Der Reichsarbeitsminister: Dr. Stegerwald.

Lohnabbau 7 Prozent bis 30. November.

Dazu verbreitet WTB. folgende Nachricht: Wie der Öffentlichkeit bereits bekannt ist, hat der Reichsarbeitsminister den gestern ergangenen Schiedspruch über die Arbeitszeit im Ruhrbergbau für verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeitsklärung des gleichzeitig ergangenen Lohnschiedspruchs begegnet insofern Schwierigkeiten, als die darin vorgesehene Laufdauer von vier Monaten unter den obwaltenden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mög-

lich erschien. Bei dieser Sachlage hat der Reichspräsident den Reichsarbeitsminister durch eine heute ergangene und durch WTB. und durch den Rundfunk verkündete neue Notverordnung ermächtigt, bei der Verbindlichkeitsklärung des auf Grund der Notverordnung vom 27. September 1931 ergangenen Schiedspruchs die Laufdauer abzuändern. Der Reichsarbeitsminister hat von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und nunmehr auch den Lohnschiedspruch unter Verkürzung seiner Laufdauer auf die Zeit bis zum 30. November 1931 für verbindlich erklärt. Die bereits genannte Verordnung des Reichspräsidenten ermächtigt weiter die Reichsregierung, die Untertagearbeiten des Steinkohlenbergbaues und ihre Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung zu befreien, was eine wesentliche Entlastung beider Seiten ermöglicht.

Eine unhaltbare Zwischenlösung.

Das bedeutet also eine Senkung der Lohnkosten um 10 1/2 Prozent — die Zechenbesitzer hatten 12 Prozent gefordert —, wovon die Arbeiter 3 1/2 Prozent, das Reich, d. h. die Steuerzahler, 6 1/2 Prozent tragen. Die wirkliche Lohnsenkung beträgt 3 1/2 Prozent (7 Prozent weniger 3 1/2 Prozent Beitrag zur Arbeitslosenversicherung). Da der Reichsarbeitsminister ermächtigt ist, diese Subventionierung auch auf die anderen Steinkohlenreviere auszudehnen und von dieser Ermächtigung natürlich Gebrauch machen wird, bedeutet das praktisch ein Geschenk des Reichs an die Grubenbesitzer von mindestens 25 Millionen für die zwei Monate Laufzeit, wozu noch die Lohnrückzahlung kommt, die, da sie sowohl für die Liebertage als für die Untertagearbeiter gilt, etwa ebenso viel betragen dürfte.

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Lohn- und Preispolitik auf Kosten der Steuerzahler und der Arbeiter nicht haltbar ist. Es kann sich hier nur um eine Zwischenlösung handeln. Unmöglich kann man ausgerechnet den Zechenbesitzern an der Ruhr derartige Geschenke machen. Unmöglich kann man den Arbeitern eine derartige doppelte Beschneidung ihrer Einkünfte — als Arbeiter und als Steuerzahler — aufhalsen. Unmöglich ist die Preispolitik, die darauf hinausläuft, auf Kosten des Reichs, der Arbeiter und der Inlandskonsumenten der ausländischen Konkurrenz verbilligte Kohlen zu liefern.

Gründung einer neuen Partei wird von Eckstein durchaus in den Bereich des Möglichen gestellt. An dieser Arbeit werde sich mit ihm der Reichstagsabgeordnete Ziegler-Breslau beteiligen.

Im Laufe des Mittwoch haben die Spalter ein Heim der Breslauer SAJ. besetzt. Eckstein persönlich verweigerte einem Beauftragten des Bezirksvorstandes den Zutritt, als dieser das Heim für die Partei überstellen wollte. Aus anderen Heimen der SAJ. in Breslau haben Oppositionelle in der Nacht zum Mittwoch die Möbel ausgeräumt.

Was sagte Dettinghaus?

„Innerhalb? — Nein: außerhalb.“

Wir zitierten dieser Tage eine Erklärung des neuen Kommunisten Dettinghaus folgendermaßen:

„Meine Freunde aus dem Lager der oppositionellen SPD-Führer wollten gemeinsam mit mir als Antwort auf den Beschluß des Parteiausschusses eine Organisation innerhalb der Sozialdemokratie schaffen.“

Der Wortlaut war leider durch einen Uebersetzungsfehler entstell. Richtig lautet er:

„Meine Freunde aus dem Lager der oppositionellen SPD-Führer wollen gemeinsam mit mir als Antwort auf den Beschluß des Parteiausschusses eine Organisation außerhalb der Sozialdemokratie schaffen.“

Daraus ergibt sich, daß die Absicht, durch Spaltung der Sozialdemokratie eine neue Partei zu schaffen, schon bestand, bevor der Parteivorstand mit seinem Beschluß gegen Sendewitz und Rosenfeld eingriff.

Feder und Schönau.

Die Bundesgenossen gegen die Mark.

Wir haben die eigenartige Tatsache verzeichnet, daß Herr von Schönau von der Deutschen Friedensgesellschaft und der Rationalsozialist Gottfried Feder sich vereinbart hatten, beim Reichsbankpräsidenten eine gemeinsame Klage für die Inflation zu unternehmen. Dazu teilt uns Reichsbankpräsident Dr. Luthar mit:

„Herr General Dr. Frhr. von Schönau hatte Ende Januar den Herrn Reichsbankpräsidenten um eine interne Aussprache über Währungsfragen, insbesondere über die Goldwährung, gebeten und für diese Beprechung die Teilnahme einiger Persönlichkeiten verschiedener politischer Richtungen vorgeschlagen. Der Herr Reichsbankpräsident hat darauf erwidern lassen, daß er im Rahmen seiner gesamten Arbeit zu Aussprachen über Währungsfragen grundsätzlich bereit sei und daher auch in dem vorliegenden Fall Herrn Frhr. von Schönau und Herrn Dr. Feder, der zu den vorgeschlagenen Persönlichkeiten gehörte, sich zur Verfügung stellen wolle. Stattgefunden hat die Beprechung nicht.“

Die gemeinsame Aktion dieser perversten Einheitsfront bei Luthar ist also nicht zustande gekommen. Immerhin ist schon die Bundesgenossenschaft an sich bemerkenswert!

Vor einem Sensationsprozeß.

Der Zusammenbruch des Frankfurter Versicherungskonzerns

Anfang Oktober beginnt in Frankfurt a. M. ein sensationeller Wirtschaftsprozess, der in der breiteren Öffentlichkeit das allergrößte Interesse finden wird. Es handelt sich um den Prozeß, der die Hintergründe des Zusammenbruchs des Frankfurter Versicherungskonzerns (Favag) aufklären soll. Der Zusammenbruch der Favag im Herbst 1929 bildete den

Auflast der Riefenzusammenbrüche privater Wirtschaftskonzerne in Deutschland.

Die im höchsten Maße bedenklichen und zum Teil kriminellen Begleiterscheinungen dieser Versicherungspleite haben seinerzeit den Reim zu dem allgemeinen Mißtrauen des Auslandes zur Führung der deutschen Privatwirtschaft gelegt, dessen letzte Auswirkungen die katastrophale Kreditkrise im Juli dieses Jahres darstellte. Die Hauptverhandlung wird unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kesserichmidt am Freitag, dem 2. Oktober, beginnen. Da es sich um vier voneinander getrennte Komplexe in diesem Prozeß handelt, muß mit einer Prozedurdauer von mehreren Monaten gerechnet werden. Als Sachverständige sind die Professoren Dr. Kalveram und Professor Bahl geladen. Das wirtschaftliche Hauptgutachten wird Professor Kalveram erstatten.

Staatsrat und Sparverordnung.

Die preussische Notverordnung im Staatsrat für nicht verfassungsmäßig erklärt.

In seiner am 30. September beendeten Herbsttagung nahm das Plenum des Preussischen Staatsrates nach vorausgegangen eingehenden Ausschuhberatungen zur Frage der Rechtsgültigkeit der letzten preussischen Sparverordnung in folgender Entschließung Stellung:

„Der Staatsrat vertritt den Standpunkt, daß die von der preussischen Staatsregierung auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 erlassenen Verordnungen, insbesondere die Verordnung vom 12. September 1931 (G. S. 179) sowie die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen mit zwingenden Vorschriften der Reichs- und Landesverfassung nicht in Einklang stehen. Eine erhebliche Anzahl von Bestimmungen überschreitet das Maß des zur Befestigung des Notstandes Erforderlichen und ist deshalb mit der Reichsverfassung unvereinbar. Die Verordnung vom 12. September 1931 war nach Artikel 40 Abs. 1 dem Staatsrat vor dem Erlaß vorzulegen. Der Staatsrat wußte sich die zur Wahrung seiner verfassungsmäßigen Rechte notwendigen Schritte vorbehalten.“

Unter allen Umständen wäre es gemäß Artikel 40 Abs. 1 der preussischen Verfassung Pflicht der Staatsregierung gewesen, den Staatsrat über die von ihr getroffenen weittragenden Maßnahmen unter eingehender Darlegung des Sachverhalts auf dem laufenden zu halten.“

Die sozialdemokratische Staatsratsfraktion stimmte mit allen anderen Fraktionen geschlossen dieser Entschließung zu. Ihr Redner, Oberbürgermeister Brauer (Altona), führte zur Begründung des sozialdemokratischen Standpunktes aus, daß es erforderlich sei, daß der Staatsrat nicht nur in dieser Entschließung grundsätzlich zu den getroffenen Maßnahmen Stellung nehme, sondern auch in eine materielle Beratung eintrete. Unverständlich sei die Haltung des Ministerialvertreters im Ausschuh, gewesen, der in Teilen seiner Darlegungen geradezu Rezepte für „legale“ Staatsstreichpläne gegeben habe.

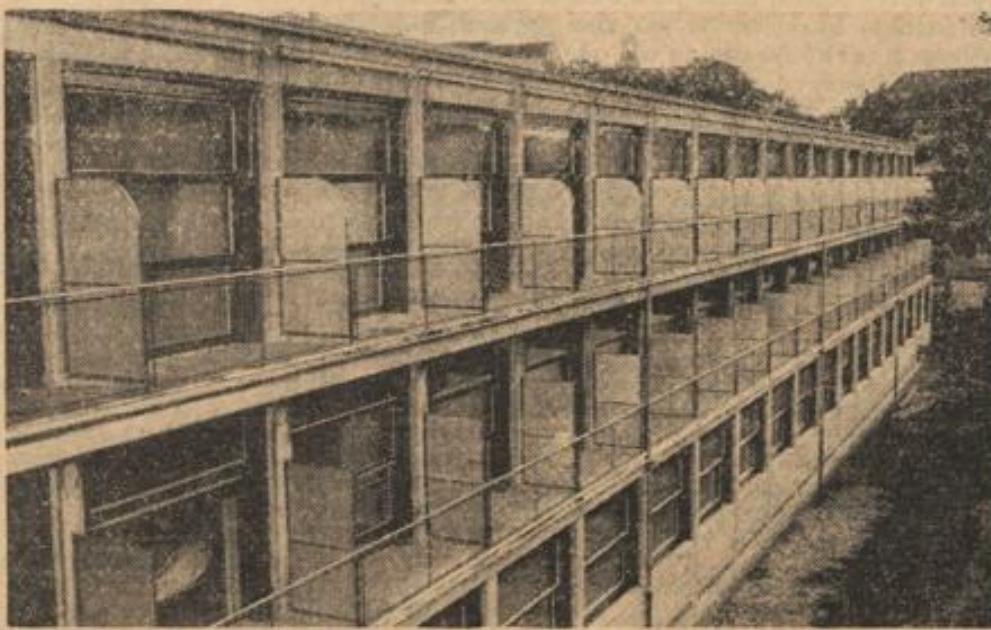
Die Ausführungen Brauers, die als programmatische gewertet werden müssen, machten auf das Haus stärksten Eindruck. Dies bestätigten auch die Darlegungen des Redners der Rechtsparteien.

Das Amzugs- und Uniformverbot in Bayern, das am 30. September ablaufen würde, ist vom Innenminister bis zum 31. März 1932 verlängert worden.

Stahlhelmeffekte. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, der Beauftragter der Vertrauenspersonen zum Volksentscheid auf Landtagsauflösung ist, hat Einspruch gegen das Abstimmungsergebnis erhoben, wie es der Bundeswahlausschuh am 4. September 1931 festgestellt hat.

Neues Krankenhaus in Wilmersdorf

In der Landhausstraße in Wilmersdorf erhebt sich der schmucke Neubau eines Krankenhauses, der nach den Plänen des Architekten Prof. Bartning errichtet wurde. Der ganz modern gehaltene Zweckbau enthält etwa 60 Zimmer. Das Haus ist als eine Art Privatklinik führender Berliner Aerzte gedacht, 15 Aerzte, von denen jeder über ein Sprechzimmer verfügt, vereinigen sich im kollektiven Betrieb. Für die Behandlung sind Operationssäle, Elektrophotherapie, Inhalation, medizinische Diagnostik u. a. vorhanden. Die Krankenzimmer im Südflügel, die ein und zwei Betten enthalten, lassen sich durch ein dreiteiliges Schiebefenster in eine offene Loggia wandeln. Die mit allen Neuerungen versehene Küchenanlage wird von der Firma Kempinski bedient, die hier



auch eine Diätküche nach ärztlichen Anweisungen unterhält. Die Anlagen des Krankensüdlings sind so vorgesehen, daß noch zwei Stockwerke aufgestockt werden können.

Neue Kassenüberfälle.

Zwei Dorfgemeindekassen ausgeplündert.

Nachdem am Dienstag nachmittag der Überfall auf die Lohlefelder Zweigstelle der Teltower Kreisparasse ausgeführt war, wurden am Mittwoch die Gemeindekassen der Dorfgemeinden Schöneiche und Klein-Schönebeck (Kreis Niederbarnim) von Berliner Geldschrankräubern heimgesucht. Es gelang den Verbrechern in beiden Fällen, die Geldschränke mit einem Heblöse aufzuschneiden. In Schöneiche raubten sie 500, in Klein-Schönebeck 1000 M. Wahrscheinlich haben sie in Anbetracht der bevorstehenden Gehalts- und Rentenzahlungen in den Behältnissen größere Beträge vermutet. Die Täter sind entkommen.

Am Mittwoch mittag drang in den fast leeren Kassenraum der Stadtparasse Reichen ein junger Mann ein, gab einen Pistolenhieb ab, ergriff einen größeren Sack mit 5-Mark-Stücken, stieß wieder hinaus und versuchte auf einem Motorrad zu entfliehen. Der Räuber, der noch wiederholt feuerte, konnte jedoch, von den nachreitenden Beamten und hinzugerufenen Passanten abgeregelt, am Davonsfahren gehindert und schließlich festgenommen werden. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Revolverhieb leicht verletzt.

Billige Kartoffeln.

Erleichterung für Erwerbslose. / Regelung durch die Stadt.

Die im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit dem Einheitsverband des deutschen Kartoffelhandels, dem Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler und dem Zentralverband der Lebensmittelhändler Deutschlands gepflogenen Verhandlungen über die Verbilligung von Kartoffeln für Unterstützungsempfänger sind gestern zum Abschluß gebracht worden.

Danach haben sich der Kartoffelgroß- und -Kleinhandel bereit erklärt, vom November d. J. ab bis auf weiteres Kartoffeln an Unterstützungsempfänger (Erwerbslose, Arien- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger) in Berlin zu einem wesentlich verbilligten Preise abzugeben. Bei dem gegenwärtigen Preisstand der Speisekartoffeln ist daraufhin mit einer Verbilligung um annähernd eine Mark je Zentner zu rechnen. Bei der Durchführung dieser Verbilligungsmassnahmen wird ein Verfahren gewählt werden, wonach jeder Bezugsberechtigte durchweg die auf ihn entfallenden Kartoffeln in einwandfreier guter Beschaffenheit von dem Kleinhändler beziehen kann, bei dem er auch bisher seine Kartoffeln bezogen hat. Eine Differenzierung der für die Unterstützten zur Ausgabe gelangenden Kartoffeln gegenüber der anderen Ware findet nicht statt.

Die Einzelheiten der Durchführung dieser Massnahmen wird der Magistrat Berlin mit den in Betracht kommenden Organisationen des Groß- und Kleinhandels regeln.

Bibliothek der Arbeiterbildungsschule.

Nach längerer Pflanzzeit, verursacht durch zweimaligen Umzug, durch Neuberrichtung von Bibliotheksräumen und dem völligen Neuaufbau der Bücherei, wird diese jetzt wieder der Benutzung übergeben. Die Bücherei ist in ihrer neuen Gestalt in erster Linie bestimmt für die Teilnehmer an den Kursen der Arbeiterbildungsschule, jedoch steht sie auch wie früher allen Parteimitgliedern und den Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiter-Jugend kostenlos zur Verfügung. Die Ausleihstunden sind an allen Kurstagen: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, abends von 6 bis 8 Uhr. Der Zugang zur Bücherei ist Lindenstraße 3, 3. Hof, rechts 2 Treppen. Bei Entnahme der Bücher ist ausreichende Legitimation (Mitgliedsbuch der Partei und Wohnungsnummer) vorzuweisen. Eröffnung der Bücherei am Donnerstag, dem 1. Oktober, 18 Uhr.

Zwei schwere Autounfälle.

In Mariendorf und am Kurfürstendamm. Sieben Verletzte.

An der Steglitzer Straße in Mariendorf ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Autounfall. Kurz vor der Einmündung in die Altlastraße raste ein mit vier Personen besetztes Privatauto mit ungeheurer Wucht gegen den Mast eines Straßensandfabrikers. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß der Wagen sich überschlug. Der Führer des Autos, Willi Weismann aus Tempelhof, und seine Begleiter Max Leopold, Willi Buche und Konrad Linke erlitten zum Teil sehr schwere Verletzungen. Die Verunglückten mußten durch die Feuerwehr in das Tempelhofer St. Josefs-Krankenhaus gebracht werden.

Der zweite schwere Verkehrsunfall trug sich auf dem Kurfürstendamm zu. Dort wurde ein Privatauto, das in Richtung Halensee fuhr, von einem Lastauto, das in die Restorstraße einbiegen wollte, frontal gerammt und auf den Bürgersteig geschleudert. Die Insassen des Autos, die 24 Jahre alte Frau Elise Baensch, erlitt leichte Verletzungen. Dagegen wurde ein Passant, der 40jährige Redakteur Dr. Kurt Rühsem, erheblich verletzt. Der Arzt stellte außer gefährlichen Fleischwunden eine schwere Gehirnerschütterung fest. Außer Dr. R. wurde noch eine junge Hausangestellte, die gerade Befolgungen machen wollte, von dem Auto umgerissen und ernsthaft verletzt. Die Schulfrage ist noch ungeklärt.

Eröffnung des Fernsprech-Kundendienstes.

Mit dem heutigen 1. Oktober wird in Berlin der Fernsprech-Kundendienst (K.D.-Dienst) aufgenommen, der die Aufgabe hat, bei Abwesenheit oder Verhinderung von Fernsprechteilnehmern für sie bestimmte Mitteilungen entgegenzunehmen, in ihrem Auftrag Mitteilungen weiterzugeben oder sonst Aufträge bestimmter Art durch

Fernsprecher zu vermitteln. Den K.D.-Dienst kann nicht nur jeder Fernsprechteilnehmer, sondern auch jeder Benutzer einer öffentlichen Sprechstelle in Anspruch nehmen. Selbstanschlussteilnehmer erreichen den Fernsprech-Kundendienst durch Wählen von „04“ = „K.D.“, Handamtsstellennehmer verlangen bei ihrer Vermittlungsstelle „Kundendienst“. Ueber den Fernsprech-Kundendienst ist ein Merkblatt erschienen, das an den Schalterstellen der Postanstalten und von den Fernsprechämtern auf Verlangen kostenlos abgegeben wird.

Festnahme eines Kinderschänders.

Mehr als zwölf Vergehen fallen ihm zur Last.

Ein gefährlicher Unhold, vor dem wiederholt in der Deffentlichkeit gewarnt wurde, konnte jetzt von Kriminalbeamten der Dienststelle E 1 ermittelt und festgenommen werden.

In der Gegend des Beddings und Gesundbrunnens hatte wiederholt ein jüngerer Mann kleine Knaben im Alter von 10 bis 13 Jahren angesprochen und sie gefragt, ob sie gegen ein Geldgeschenk ein Paket aus seinem Landhaus abholen würden. Die Kinder hatten kein Misstrauen und willigten ein. Der Mann führte die Jungen stets nach der Bucher Forst hinaus, und an einer abgelegenen Stelle züchtigte er die Knaben in bestialischer Weise, teils mit einem abgehackten Knüttel, teils auch mit der bloßen Faust. Mehrere seiner Opfer hatten erhebliche blutende Verletzungen davongetragen. Der Unhold ließ die verprügelten Kinder hilflos zurück und verschwand jedesmal. Nach der Beschreibung der Kinder mußte der Mann zweifellos in der Gegend des Gesundbrunnens oder in Pantow zu Hause sein. Die Vermutung hat sich bestätigt. Am Mittwoch wurde von den Kriminalbeamten der 25 Jahre alte Bisettier Wolf J. aus der Florastraße in Pantow als der Täter ermittelt und verhaftet. Auf dem Polizeipräsidium legte J. ein umfassendes Geständnis ab. Es fallen ihm mehr als ein Duzend Vergehen der geschilderten Art zur Last.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

Wie selten muß ich zu ihr zärtlich gewesen sein, daß sie jetzt so erstaunt ist. Da lassen sie ihre Töchter in die „hohe Schule“ gehen, bringen Opfer und schinden sich, und man ist ihnen nicht einmal dankbar. Wenn Eltern und Kinder Geld verdienen müssen, bleibt nicht viel Zeit übrig, um die Liebe zu beweisen. Aber sie wollen uns auch nicht verstehen. Das ist nun mal so.

„Mein liebes Kind...“ beginnt Frau Rosoff schüchtern. „Hast du deine Mutter gern?“ Stodend kommen die Worte. Diese Sprache ist ihr ungewohnt. Sie weiß nicht, was sie sagen soll.

Muttel ist befangen, weil diese Gefühlsaufwallungen so außerhalb des täglichen Lebens stehen. Sie verlangt es wahrscheinlich nicht. Vielleicht schrieft sie sogar von der heftigen Äußerung wöchterlicher Liebe zurück. Mit einer leichten, zarten Bewegung streicht Lili der Mutter über das blondgraue Haar.

„Helene!“ sagt sie ganz leise, so leise, daß Frau Rosoff es nicht hören kann. Es ist nicht Sitte, daß die Töchter die Mutter beim Vornamen nennen. Frau Rosoff heißt für die ganze Familie einfach: Muttel. Sie würde bei einer anderen Benennung im höchsten Grade stounen.

„Adieu!“ Lili reißt die Tür auf und läßt die Treppe hinunter. Sie muß ein Ende gehen, bis sie eine Autotaxe trifft. Im Wagen sitzt sie apathisch. Alles wirbelt durcheinander. Gut, daß Wilma heute gerade da war. Wie auf Verabredung! Ob es sehr wehtun wird? Unsinn! Schließen tut doch nicht weh. Man stirbt auf der Stelle. Hoffentlich sehe ich gut aus. Muttel soll sich nicht erschrecken. Gert wird sich Mühe geben. Ich kann ihn nachher nicht mehr sehen. Ich bin längst tot, wenn er sich selbst erschießt. Und so ist alles am besten. Aber vielleicht muß ich schreien?

Die Tage hält vor dem Restaurant Rautenberg, das Lili angegeben hat, einem erklauften Weinrestaurant, in dem man ausgezeichnet speisen kann.

Gert, der wartend vor der Tür auf und ab gegangen ist, eilt herbei, hilft Lili beim Aussteigen und zählt. „Barr

noch einen Augenblick, ehe wir reingehen!“ Lili hält ihn am Arm. „Reicht es? Ich habe etwa 35 Mark.“

Und ich 69; Dafür können wir heut ganz gut leben. Und morgen...? Gert macht die Gebärde des Auslöschens. „Jetzt, da ich bei dir bin, hab ich keine Angst. Hast du den Revolver?“ Lili ist ganz Sachlichkeit.

Gert klopft auf seine Manteltasche. „Hier!; Aber nun komm!“

Sie betreten die gepflegten Räume, in denen der Geruch der Speisen nur ganz schwach zu merken ist. Das Restaurant Rautenberg ist wenig besucht. Die anerkannt teuren Preise lassen gewöhnliche Sterbliche davor zurückschrecken.

Gert findet einen kleinen Eckisch. Das Paar läßt sich nieder.

Gert bestellt Hummern und Sekt. Lili bekommt einen Schreck. Ach, es wird schon irgendwie gehen! Sie stützt den Kopf in die Hand und sagt nachdenklich: „69 Mark hast du? Das sind mit meinen 34,20 über 100 Mark. Hast du die Schmölzer verkauft?“

„Natürlich!; Aber die Antiquariate wollen nichts für alte Bücher zahlen. Ich hab noch handeln müssen.“ Gert ergreift Lilis Hand und hält sie in seiner. „Sei ruhig, wir können dafür hochherzlich speisen, zum letztenmal im Leben.“

„Bei mir auch zum erstenmal.“ Sie schmiegt ihre Finger fest in Gerts Hand. „Aber das ist nicht die Hauptsache. Wohin gehen wir nachher?“

„Zum Schloßteich! Da ist es ganz dunkel, und kein Mensch wird uns begegnen.“

„Wie schön!“ sagt Lili. Die helle Bebaglichkeit des Restaurants beruhigt sie. „Gib mir was zu rauchen!“

Gert offeriert die Fünfschneppennizigarette.

„Was werden die Leute nachher sagen?“

„Du Kind!“ Gert lächelt melancholisch. „Das ist doch so gleichgültig.“

„Und deine Mutter...?“

Der Kellner mit den Hummern überhebt Gert einer Antwort. Er wußte auch nicht, was er sagen sollte. Er hängt nicht an der Mutter.

Lili steht kecklich auf den Hummer und auf das Hummermesser. Sie stürzt sich mit einem Schluck Sekt und brüsel vor sich hin.

„Warum ist du denn nicht?“

„Erst mal können vor Lachen!; Ach... ich hab keinen besonderen Appetit.“

„Versuch's mal!; Schmeckt fabelhaft.“

„Gert, ich möchte schon versuchen, aber es wird kaum klappen... Ich verstehe nicht mit diesem Büchsenöffner umzugehen.“

„Dummes!; Warum sagst du's nicht gleich. Komm, ich werde dich füttern. Mach's Müdchen auf.“ Die beiden Hummern sind bezwungen. Gert nimmt eine Zigarette.

Der Kellner steigt herbei. Er zündet ein Streichholz an. Bon fern verfolgte er das sonderbare Benehmen des Paares: zwei Verliebte, denen die Lebensfreude aus den Augen lacht, und die außerdem über Geld verfügen. Eine seltene Ware in dieser ersten Zeit.

„Bringen Sie uns eine Entrecote. Und noch eine Flasche Sekt.“ Gert füllt die Gläser.

„Wir sind sehr originell. Andere Leute sterben wie die Trauertöche, und wir gehen lachend in den Tod.“ Lili hat gerötete Wangen. Sie schaut sich unternehmungslustig in dem Raum um. „Bestell mal 'n Schnaps. Wollen wir darauf trinken!; Wir reichen doch noch mit dem Geld?“

Der Kellner bringt Kognat und Bolslikör.

Gert hebt sein Glas und profiert Lili zu: „Auf ein besseres Jenseits!“

Lili wird ernst. Es ist, als ob diese Worte die Wirkung des Alkohols aufheben. Sie trinkt zur Beruhigung den Aprilo-Brandy auf einen Zug herunter.

„Wir sind nicht nur originell, wir sind auch Helden!“ Gert fühlt eine große, weitverachtende Selbstschätzung in sich wachsen. „Wir sind stille Helden ohne Tamtam, denn wir werfen das Leben weg...“

... weil es uns antoigt!“ beendet Lili den Satz.

Gert, der etwas anderes sagen wollte, ist mit dieser Wendung nicht einverstanden. „... und weil wir zu stolze Naturen sind. Wir sind beide Herrenmenschen“, ergänzt er.

Die Entrecote wird serviert.

„Ein schönes Fresserchen“, schwärmt Gert wie ein kleiner Junge. „Herr Ober, zwei Kognat!“ Er stößt mit Lili an.

„Ich feiere nämlich meinen Geburtstag!“

„Aber du hast doch heut gar nicht Geburtstag!“

„Schadet nichts, ich feiere ihn trotzdem. Der Unterschied zwischen Leben und Tod ist nicht so groß, wie man immer annimmt...!“ Gert widmet sich seinem Teller. Das Fleisch ist saftig und vorzüglich zubereitet. „Dazu möchte ich gern frischen Spargel essen. Man erwischt immer die falsche Jahreszeit. Frischer Spargel in Butter ist etwas sehr Schönes, jedenfalls ein realer Wert in diesem Jammerdasein!“

(Fortsetzung folgt.)

Jubiläum des Vororttarifs.

1891. — 1. Oktober — 1931.

Das wir Berliner einen Vorortbahntarif haben, ist seit fast Jahr und Tag vollkommen in Fleisch und Blut übergegangen. Es ist für uns ganz selbstverständlich, daß wir am Sonntag mit der Vorortbahn nach Königs-Wusterhausen, Oranienburg, Potsdam, Bernau oder Zossen fahren. Rüdersdorf, Wustermarkt, Welken und Stahnsdorf sind gegebene Ziele einer Fahrt aus der Großstadt heraus. Der Straussee bei Strausberg lockt, ein Ausflug nach Werder gehört zum Jahresrepertoire eines Berliners, und in der Sommerszeit ist der Wannensee von Besuchern buchstäblich überschwemmt. Und alle diese Ausflüge erfolgen auf Grund des Vororttarifs!

Er ist nicht so alt, wie man denkt: Am 1. Oktober 1931 feiert er seinen 40. Geburtstag. Damals, 1891, vollzog sich die Scheidung der Tarife für den Berliner Ring, Stadt- und Vorortverkehr gegenüber dem Fernverkehr. Man darf nicht vergessen, daß die Scheidung der Tarife nach dem Frankfurter Frieden von 1871 den Berliner Ausflugsverkehr sehr erweitert, daß daneben aber auch die vor allen Dingen durch Mietwucher hervorgerufene Wohnungsnot in den Innenbezirken der Reichshauptstadt starken Anbau in den damals noch wenig besiedelten Außenbezirken bewirkt hatte. Schon seit ihrer Gründung im Jahre 1872 hatte zwar die Ringbahn einen billigeren Tarif, und ebenso verfuhr die 1882 in Betrieb genommene Stadtbahn, aber für die Vorortstrecken hatte im allgemeinen immer noch der Fernverkehr Gültigkeit. Erst 1891, als ein Jahr zuvor für Stadt- und Ringbahn ein gleichlaufender Zonentarif gebildet worden war, trat dies System auch für die Vororte in Kraft. So haben wir denn seit 1891 die einheitliche Behandlung des Berliner Nahverkehrs.

Uebrigens hatte der Berliner Vorortverkehr schon 1891 fast den gleichen Umfang wie heute. Neu hinzugekommen sind seitdem nur die Strecken Tegel—Velten, Wannsee—Beelitz, Wannsee—Stahnsdorf und Spandau—Wustermarkt.

Auf der Jagd nach dem Bilde.

Ein Pressephotograph wegen „Amtsanmaßung“ verurteilt.

Wohin die Sucht gewisser Sensationsblätter führt, koste es was es wolle, Photos zu erlangen, zeigte gestern eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Der Angeklagte, Bildreporter des „8-Uhr-Abendblattes“, erschien in Begleitung seines Kollegen, eines jetzt verstorbenen Bildreporters des Ullstein-Verlages, in der Wohnung des Regierungsrats A., der im Zusammenhang mit der Pantomer Bestechungsaffäre verhaftet worden war. Das Verfahren gegen A. wurde später eingestellt. Die beiden Photographen erweckten, wie die Anklage behauptet, den Anschein, als ob sie Kriminalbeamte seien und der Vernehmung des Regierungsrats im Polizeipräsidium beigemohnt hätten; sie verlangten ein Bild des Verhafteten. Die Verhandlungen wurden anfangs mit der Tochter geführt; dann kam die Frau A. hinzu und sagte u. a., daß sie eigentlich nicht verstehe, wozu man das Bild noch benötige, da von der Polizei mitgeteilt worden sei, daß ihr Mann schon am Nachmittag entlassen werden würde. Wie die Zeugin gestern vor Gericht erklärte, soll der Angeklagte ihr darauf erwidert haben, das stimme nicht, der Mann würde erst in zwei bis drei Tagen befreit werden. Frau A. verfiel darauf in Herzkrämpfe. Da eine Photographie nicht zu finden war, wurde ein an der Wand hängendes Bild des Regierungsrats aus dem Rahmen genommen. Auf der Treppe sollen dann beide Bildreporter zu der Tochter des Regierungsrats gefolgt haben: „Wir sind gar keine Kriminalbeamten, wir sind von der Presse.“

Der Angeklagte bestritt sowohl diesen Ausdruck als auch die Behauptung, daß er sich am Ganzen aktiv beteiligt habe; die Zeugen mußten sich in einem Sturium befinden. Der Staatsanwalt beantragte wegen Amtsanmaßung eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Das Gericht erkannte auf vier Wochen. In der Urteilsbegründung wurde ganz besonders betont, daß die Handlungsweise der beiden Bildreporter als niedrig und roh zu bezeichnen sei.

„Gebt mir mein Kind wieder“

Zuchthausstrafen für Mordsturm 33

Das Schöffengericht Charlottenburg verkündete gestern im Prozeß Foyer und Genossen, den Mitgliedern des Sturm 33 von der Hebbelstraße 20, die angeklagt waren des Totschlags an dem Arbeiter Grüneberg und des versuchten Totschlags an den Arbeitern Riemenschneider und Liere folgendes Urteil: Der 18jährige Konrad Domning wird von der Anklage des Kaufhandels freigesprochen; der 24jährige Schlächter Paul Foyer wegen vollendeten und versuchten Totschlags in Tateinheit mit Kaufhandels und Vergehen gegen das Waffengesetz zu 5 Jahren 4 Monaten Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust; der 30jährige Kaufmann Fritz Domning wegen versuchten Totschlags, Widerstandes und Vergehen gegen das Waffengesetz zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust; der 20jährige Schmiedegeselle Hermann Friede wegen gefährlicher gemeinschaftlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Kaufhandel zu 2 Jahren Gefängnis.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß auf Grund der Zeugenaussagen für das Gericht kein Zweifel darüber bestanden habe, daß die Angeklagten sowohl bei Tötung des Arbeiters Grüneberg als auch bei Zuzufügung der schweren Körperverletzungen der Arbeiter Riemenschneider und Liere die Angreifer gewesen seien. Das waren sie auch wirklich. Foyer war in früheren Totschlagsprozessen mangels Beweises frei ausgegangen; Fritz Domning ist dagegen bereits in einem anderen Prozeß verurteilt worden.

Während der Gerichtsverhandlung schrie eine Frau: „Gebt mir mein Kind wieder, gebt mir mein Kind wieder.“ Es war die Mutter des von den nationalsozialistischen Mördern umgebrachten Arbeiters Grüneberg; sie hatte ihren Ernährer verloren und ihren einzigen Jungen. Noch so schwere Zuchthausstrafen können diesen Verlust nicht gutmachen. Schade, daß die an der ruflosen Tat Schuldigen die schreienden Schreie der Mutter nicht gehört haben. Das Volk wird das Urteil zweifellos als gerecht anerkennen.

Der wochenlange Prozeß Foyer und Genossen zwingt zu zwei Bemerkungen. Es ist in der letzten Zeit üblich geworden, daß die Prozesse gegen Kommunisten und Nationalsozialisten sich ins Uferlose auswachsen. Sowohl Verteidigung als Nebenkläger können sich nicht genug tun in der Vorbereitung immer neuer Zeugen. Die Verteidigung will die Angeklagten unter allen Umständen reinwaschen, selbst dann, wenn ihre Schuld bereits durch Zeugenaussagen unumwunden feststeht, und der Nebenkläger ist bemüht, unter Vergewaltigung der Tatsachen den Tatbestand eine Deutung zu geben, die er nicht haben kann. Die Folge davon ist nicht nur eine Verschleppung der Verhandlung, sondern auch eine Belastung der Staatskasse. Und das in einer Zeit so großer Not. Die Rechte der Verteidigung sollen nicht geschmälert, die Nebenkläger nicht in der Mög-

lichkeit, ihre Interessen zu vertreten, gehindert werden; eine gewisse Selbstbeschränkung dürfte man aber von den Parteien erwarten. . .

Die zweite Bemerkung betrifft die Anwesenheit der Fürsorgerin vom Landesjugendamt bei politischen Prozessen. Das Unnütze dieser Anwesenheit soll noch einmal mit aller Entschiedenheit unterstrichen werden. Es gibt wahrhaftig soviel seelische Not der Jugend, und den jungen Menschen tut es not, daß man sich ihrer auf der Straße, auf den Rummelplätzen, in den Kneipen usw. annimmt, daß jede Kräftevergeudung der Fürsorger und Helfer im höchsten Maße zu mißbilligen ist. Oder ist man etwa bei der Jugendgerichtshilfe anderer Ansicht?

Rowdy kommt billig weg!

Befremdendes Urteil vor dem Landgericht III.

Am 27. Februar d. J. schlug nach einer sozialdemokratischen Versammlung in Kaulsdorf der Nationalsozialist Heinrich Karge aus Mahldorf einem Reichsbannermann ohne jeden Grund und mit der geballten Faust ins Gesicht und verletzte ihn schwer. Das Amtsgericht in Lichtenberg hatte den Rowdy, der wegen Körperverletzung bereits vorbestraft ist, zu 80 M. Geldstrafe verurteilt. Dagegen hatten der Staatsanwalt und der Nebenkläger Berufung eingelegt, während der Angeklagte die von ihm eingelegte Berufung zurückzog.

Vor dem Landgericht III in Roabit ergab sich bei der gestrigen Verhandlung das gleiche Bild wie in Lichtenberg. Die dem Reichsbanner angehörnden Zeugen, durchweg ältere, im Beruf stehende Männer, zeigten Klar und bestimmt, mit welcher unglaublichen Rohheit und Brutalität der Schlag geführt wurde und daß dieser Vorfall nur ein Glied ist in der langen Kette von politischen Zusammenstößen in Kaulsdorf. Die Zeugen, die sich in Begleitung des Angeklagten befanden, haben natürlich von allem nichts gesehen. Sie waren nur sehr erstaunt, als ihr „Genosse“ plötzlich von ihrer Seite verschwunden war! Der Staatsanwalt und der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Joachim, forderten die Umwandlung der Geldstrafe in eine Gefängnisstrafe, da die Interessen der Öffentlichkeit sehr nachdrücklich gegen solche Uebergriffe geschützt werden müßten, wobei Rechtsanwalt Joachim besonders die politischen Zusammenhänge des Falles beleuchtete und nicht unerwähnt ließ, daß er selbst nach der ersten Verhandlung in Lichtenberg von Kaulsdorfer Nationalsozialisten bedroht worden sei. Das Gericht konnte aber keine politischen Hintergründe feststellen und verwarf die eingelegte Berufung.

Und wenn das Gericht zehnmal keine politischen Hintergründe feststellen konnte, ein solcher Rohling hätte, zumal er wegen ähnlichen Vergehens vorbestraft war, nicht so billig wegstommen dürfen. Man soll dieses Urteil nicht vergessen.

Ein Grab zerfällt!

Draußen auf dem Gemeindefriedhof in Müggelheim liegt das Grab des sozialistischen Schriftstellers und großen Natur- und Wanderfreundes Kurt Grottel, der vor etwa 25 Jahren in der unmittelbaren Nähe des Grenzenden Großen Krampe beim Baden ertrank. Das Grab, das von einzelnen Freunden des Dichters bisher gepflegt wurde, zerfällt immer mehr, und der Hügel ist schon fast dem Erdboden gleich. Vielleicht könnte die Großstadt, der Grottel durch sein Buch „Sonntage eines Großstädters in der Natur“ Wege zur Natur verstehen gezeigt hat, vielleicht könnten Arbeiter-Heimatreunde, Naturfreunde und Wanderer hier eine kleine Dankeschuld abtragen und die Pflege des Grabes übernehmen.

50 Jahre ununterbrochen Parteimitglied. Genosse Josef Schreier begeht heute am 1. Oktober sein 50jähriges Parteijubiläum; am 1. Oktober 1881 trat er der Partei bei. In seinem alten Genossen, der in seiner unbeirrten Treue und Hingabe zur Partei gerade heute als leuchtendes Vorbild dasteht, gelten unsere aufrichtigsten und herzlichsten Glückwünsche.

Kostenlose Filmvorführung für Erwerbslose. Das Planetarium am Zoo veranstaltet vom Freitag, dem 2. Oktober 1931, ab nachmittags 1.30 Uhr, Filmvorführungen für Erwerbslose, zu denen Erwerbslose gegen Vorzeigung ihres Ausweises kostenfrei Eintritt haben. Zunächst finden diese Veranstaltungen am Freitag und Sonnabend (2. und 3. Oktober 1931) statt. Die nächste Vorführung ist für Mittwoch, 7. Oktober, geplant.

Allgemeine Wetterlage.



Am Mittwoch lag Deutschland weiterhin im Bereich eines Hochdruckgebietes. Daher herrschte fast überall trübes Wetter. Starke Bewölkung bestand nur in der südlichen Hälfte des Reiches, während der Himmel im Westen meist wolkenlos war. Im ganzen stiegen die Temperaturen etwas höher als am Vortage, im Rheingebiet wurde als Höchsttemperatur stellenweise sogar 19 Grad gemessen.

Die über Frankreich befindliche südliche Randstörung der Islanddepression leitete ihre Ostwärtsbewegung langsam fort. Am Donnerstag dürfte unser Bezirk noch auf ihrer Vorderseite verbleiben. Für Freitag müssen wir jedoch mit schlechterem Wetter rechnen.

Wetterausichten für Berlin: Morgens vielfach dunstig oder neblig; tagsüber trocken und meist heiter, wärmer, schwache bis mäßige Winde aus südlicher Richtung. Für Freitag wieder kühler und stärker bewölkt mit Niederschlagsneigung. — Für Deutschland: Im Westen des Reiches Bewölkungszunahme, vielfach leichte Niederschläge und etwas kühler; im übrigen Reich trocken, vielfach heiter und am Tage etwas wärmer, morgens verbreiteter Nebel.

Einheit der Partei unantastbar.

Ein Bekenntnis des roten Wedding.

Drei überfüllte Versammlungen auf dem Wedding! Welche andere Partei würde es fertig bringen, an einem einzigen Abend in drei verschiedenen Lokalen eines einzigen Stadtbezirkes soviel gestimmungstreue Menschen für eine Idee zu begeistern? Im Swinebrauerei in der Seestraße, erklärten die Referenten den Atlantikfesten und nicht zuletzt in der Hochschulbrauerei in der Seestraße, verkündeten die Referenten den aufmerksam und gespannt Zuhörenden die gegenwärtige schwierige Situation und das Verhalten der Partei.

Die überfüllte Kundgebung im großen Saal der Hochschulbrauerei wurde eingeleitet mit Vorträgen unserer alten Kampfesweisen, die die Tambourkapelle der Weddingen Sozialistischen Arbeiterjugend mit hinreichendem Eifer zu Gehör brachte. Nach diesem schwungvollen Auftakt ergriff Reichstagsabgeordneter Genosse Ernst Heilmann das Wort zu einem bald zweistündigen Referat über das Thema „Die Koalition der Hitler-, Hugenberg- und Thälmann-Anhänger“. Seine Rede, in der er Punkt um Punkt die Argumente unserer vereinigten Gegner widerlegte, war ein einziger Appell an die Politik der Vernunft. Er knüpfte dabei an das Ergebnis der Hamburger Wahlen an, bei denen die Wähler zwar ihre Enttäuschung und ihren Verrag ausstoben. Die Köpfe aber einer solchen Politik der Stimmungen hat einzig und allein das deutsche Volk zu tragen. Die Sozialdemokratie ist es, die mit einer ungeheuren Intensität gegen das drohende wirtschaftliche Chaos kämpft. Und trotzdem wird immer wieder versucht, sie für das Entstehen der Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen. Bei diesen Anfeindungen und Verleumdungen heißt das Gebot der Stunde mehr als je: Die Einheit der Partei ist unantastbar! Nicht einbehaltenender Beifall dankte dem Genossen Heilmann für seine Ausführungen.

Das Referat, das fern von den Phrasen einer Stammtischpolitik die bestehenden Verhältnisse geschildert hatte, fand eine sinnvolle Ergänzung in den Ausführungen der Reichstagsabgeordneten Genossin Bohm-Schuch, die zunächst für die hoffnungslose Lage unserer Arbeitslosen warme Worte des Verstehens sprach und dann energisch von der Reichsregierung Schluß mit dem Lohnabbau und energische Bekämpfung der Arbeitsbeschaffung forderte. Wir allein können die Krise nicht überwinden. Der Weg ist der, den die 2. Internationale seit 1918 unentwegt verkündet hat: er geht über

Abrüstung und Völkerverständigung. Nur so kann die Welt wieder zu einem wirtschaftlichen Aufstieg gelangen. Wer also für den Aufstieg ist, der muß sich für die Sozialdemokratie erklären! Einmütig gab die Versammlung das Bekenntnis der Treue zu unserer Partei ab.

Einem einsamen kommunistischen Diskussionsredner erteilte Genosse Heilmann eine gründliche Lektion über den Marxismus, über dessen Anfangsgründe er noch nicht einmal unterrichtet war. Die Versammlung brachte dann begeistert das Hoch auf die deutsche und internationale Sozialdemokratie aus. Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale nahm die prächtige Kundgebung der Befinnungstreuen des roten Wedding ihr Ende.

In der Partei herrscht Demokratie!

In einer Versammlung der 136. Abteilung Reinickendorf-Ost sprach der Parteivorstand Genosse Vogel über die politische Lage. Schon nach einigen einleitenden Sätzen hatte Genosse Vogel die gut besuchte Versammlung in seinen Bann gezogen. Besonders eingehend setzte er sich mit unseren Gegnern, den Kommunisten und Nazis, auseinander und mit der immer wieder kritisierten Haltung der Partei und der Reichstagsfraktion in der Frage der Loserierung des Kabinetts Brünning. In der Diskussion beschäftigte sich Genosse Sperling mit der Frage des Parteiaussschusses und seiner Stellungnahme zur Angelegenheit Serdewitz. Eine von ihm eingebrachte Entschließung: „Die Mitglieder der 136. Abteilung verurteilen den Beschluß des Parteiaussschusses vom 22. September 1931 und erwarten seine sofortige Aufhebung“ wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. In einem temperamentvollen Schlußwort widerlegte Genosse Vogel die Behauptung einiger Diskussionsredner, daß durch den Beschluß des Parteiaussschusses den Genossen jede Möglichkeit, ihre Meinung zu sagen, genommen, daß die Demokratie in der Partei beseitigt sei und daß dieser Beschluß sogar eine Spaltung nach sich ziehen müsse. Der Referent zeigte, daß, wenn der Parteivorstand wirklich die Absicht habe, jede Diskussionsmöglichkeit zu nehmen, er dann auch den „Klassenkampf“ hätte verbieten können. Gerade die Demokratie verlange, wie es der Leipziger Parteitag entschieden habe, daß sich die Minderheit der Mehrheit füge. Es war ganz offenkundig, daß der Vortrag des Genossen Vogel das Vertrauen der Genossen zu der Leitung der Partei gestärkt hat.

Der Abteilungsvorsitzende Genosse Koch widmete einigen verstorbenen Parteimitgliedern ergreifende Dankes- und Abschiedsworte.

240 Jahre Bank von England.

Die entthronte Weltbeherrscherin.

„Die Alte Dame aus der Threadneedle-Street“ (the old Lady of Threadneedle Street), so nennen die Londoner die Bank von England. Diesen Namen hat sie bereits im Jahre 1797 von einem englischen Karikaturisten erhalten, als sie vorübergehend in Zahlungsschwierigkeiten geriet. Sie ist also eine sehr ehrwürdige alte Dame, die unter allen Notenbanken der Welt bis in die letzten Tage unbestritten die erste Rolle spielte. Damit ist es jetzt vorbei, nachdem vor wenigen Tagen in London der Goldstandard aufgehoben worden ist.

Die „Alte Dame“ ist ein Kind der englischen Revolution von 1688. Die Schaffung des modernen Staates war die Voraussetzung zur Gründung der ersten Notenbank. Vorher hatten sich die Könige, die sich bis dahin mit dem Staat identifizierten, immer wieder erlaubt, die Leute, die ihnen das Geld zu pumpen die Ehre gehabt hatten (in erster Linie Londoner Goldschmiede), durch Nichtzahlung ihrer Schulden zu ruinieren.

Durch Parlamentsgesetz vom Jahre 1694 wurde die Bank von England gegründet, und zwar in der Form, daß eine Gesellschaft von Kapitalisten, die dem Staat insgesamt 1,2 Millionen englische Pfund geborgt hatte, das Bankprivileg erhielt. Das wichtigste Recht auf Grund dieses Privilegs war

das Recht zur Ausgabe von Banknoten,

das allerdings damals bereits 350 andere Banken besaßen. Sehr bald wurden die Vorrechte der Bank von England erweitert. Es wurde bestimmt, daß neben ihr keine andere Staatsbank im ganzen Königreich errichtet werden sollte; daß keine andere Bank, die mehr als sechs Gesellschafter hätte, Noten ausgeben dürfe. In London selbst blieb das Notenausgaberecht von nun an der Bank von England vorbehalten.

In erhebliche Schwierigkeiten kam die Bank zum ersten Male im Jahre 1797. Damals brauchte der englische Staat ungeheure Summen im Kolonialkrieg gegen Frankreich. Das Geld dazu borgte sich der englische Staat von der Bank von England, die es meistens durch Erhöhung des Eigenkapitals (Einzahlungen der Gesellschafter) aufbrachte. Auch das Steigen der Getreidepreise — schon damals mußte Getreide in großen Mengen nach England eingeführt werden — verursachte einen starken Goldabfluß aus England.

Als im Winter 1796/97 ein Run (Lauf) auf die Bank entstand, da alle Welt die Noten in Gold oder Silber umgetauscht haben wollte, mußte die Bank von England die Barzahlungen einstellen.

Der Sturm legte sich erst wieder, als hervorragende Bankiers und Kaufleute erklärten hatten, sie würden die Noten mit barem Geld annehmen. Der Bankbetrieb ging weiter, aber die Einlösung der Noten in Gold — wurde erst wieder im Jahre 1821 aufgenommen.

Gleichwohl hielt sich der Wert der Banknoten, der Pfundkurs, lange Jahre. Immerhin war das Pfund im Jahre 1813 durch Krieg und Wirtschaftskrise um etwa 30 Proz. entwertet. Aber nach Beendigung des Krieges stieg der Pfundkurs schneller als man glaubt hatte.

Gesetzliches Zahlungsmittel wurden die Banknoten der Bank von England erst im Jahre 1833. Das bedeutete, daß niemand die Banknoten (wenigstens solange die Bank von England ihrer Gold-einlösungspflicht genügte) zurückweisen und Zahlung in Gold verlangen durfte. Im Jahre 1839 kam die Bank von England von neuem in eine schwere Krise.

In wenigen Monaten verminderte sich ihr Goldbestand auf ein Viertel.

Nur eine Anleihe in Paris und Hamburg konnte sie damals retten. Die Erfahrungen dieses Jahres führten zu einer Neuordnung des englischen Bankwesens, die in dem berühmten Peels Act von 1844 erfolgte. In diesem Gesetz wurde vor allem bestimmt, daß jede Note, die über einen bestimmten Grundbetrag hinaus begeben wurde, durch Gold voll gedeckt sein müsse. Der Grundbetrag, für den keine Golddeckung erforderlich ist — das ist die Schuld des Staates an die Bank, die seit dem Jahre 1844 unverändert mit etwa 11 Millionen Pfund in dem Ausweis der Bank von England erscheint. Das Notenausgaberecht aller übrigen Banken wurde auf einen bestimmten Betrag festgesetzt; neue Notenbanken durften nicht mehr errichtet werden.

In dem Gesetz von 1844 findet sich auch die vielleicht wichtigste gesetzliche Preisfestsetzung der Weltgeschichte: der Wert des Pfundes

und der Wert des Goldes wurden in der Weise voneinander in Abhängigkeit gebracht, daß die Bank von England verpflichtet wurde, jede angebotene Unze Standardgold zu 3 Pfund 17 Schilling 9 Pence zu kaufen und gegen 3 Pfund 17 Schilling 10½ Pence je Unze Standardgold zu verkaufen.

Es zeigte sich sehr bald, daß das Peelsche Bankgesetz nicht geeignet war, die Bank von England vor den Auswirkungen der im Kapitalismus immer wiederkehrenden Krisen zu schützen. Dreimal, im Jahre 1847, im Jahre 1857 und 1867 mußte der Bank die Ermächtigung erteilt werden, Noten auch ohne volle Golddeckung auszugeben.

Die folgende Zeit bis zum Weltkrieg, jene stürmische Entwicklungsetappe des Kapitalismus, ist die Zeit, in der sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Volkswirtschaften immer mehr zur Weltwirtschaft verstärkten, von der sämtliche nationalen Wirtschaften mehr oder weniger abhängig waren.

In dieser Glanzzeit des Kapitalismus hat sich die finanzielle Vorherrschaft Londons über die ganze Welt ausbreitet.

Die Londoner Banken versorgten die ganze Welt mit Kapital. Sie finanzierten vor allem den Weltmarkt. Die Bank der Londoner Banken aber war die Bank von England; sie unterhielt die Reserven für die Londoner Banken, sie sorgte bis jetzt vor allem für die Wertbeständigkeit ihrer Noten, des englischen Pfundes, des Weltgeldes. Der auf englische Pfund lautende Wechsel war tatsächlich die Weltmünze, mit der im Weltmarkt gearbeitet und die in allen Ländern in Zahlung genommen wurde. Der Hamburger Exporteur verkaufte die deutschen Maschinen nach Südamerika ebenso selbstverständlich gegen Pfundwechsel wie der Textilfabrikant von Manchester seinen Kattun an die Indier. GleichermäÙen bezahlte der deutsche, der französische Importeur den brasilianischen Kaffee mit Pfundwechseln; und der norwegische Reeder stellte nur gegen englische Pfunde seine Schiffe für Holztransporte von Finnland nach Frankreich oder für Kohlen, Asparte von Polen nach Schweden zur Verfügung.

Der Krieg zerriß mit einem Schlage alle weltwirtschaftlichen Verbindungen. Wieder erhielt die Bank von England die Ermächtigung, entgegen dem Peelschen Bankgesetz Noten ohne Golddeckung auszugeben. Von dieser Ermächtigung wurde tatsächlich kein Gebrauch gemacht, einmal weil

fast die ganze Goldproduktion der Welt an die Bank von England floß,

so daß sich ihr Goldvorrat auf das Dreifache erhöhte, zum anderen, weil der englische Staat die Kriegsausgaben vor allem mit dem vom Schatzamt ausgegebenen Currency-Noten (Reichsscheinen) bezahlte. Natürlich hatte der große Umlauf der Currency-Noten eine inflationistische Wirkung, die auch den Kurs der Noten der Bank von England drückte, obwohl sie voll durch Gold gedeckt waren. Erst im Jahre 1925 wurde mit Hilfe von Pierpont Morgan die Stabilisierung der Währung durchgeführt. Diese Erhöhung des Geldwertes der englischen Noten war für die englische Wirtschaft eine schmerzhafteste Operation, da sie nur durch eine Verknappung des Notenumlaufs, durch eine Kürzung der Wirtschaftskredit herbeigeführt werden konnte. Das führte zu einem Druck auf die Preise und zu einer Einschränkung der Geschäftstätigkeit.

Nach der Stabilisierung des englischen Pfundes hat sich der Weltmarkt überraschend schnell wieder daran gewöhnt, die Finanzierung der Umläufe mit Pfundwechseln vorzunehmen. Niemand zweifelte eigentlich daran, daß die „Alte Dame“ dauernd in der Lage sein werde, die Wertbeständigkeit der von ihr kontrollierten Währung zu garantieren. Das ist nun plötzlich — für alle Zeiten? — anders geworden. Das Pfund Sterling von heute ist nicht mehr das, was es noch vor 20 Tagen war — und alle Käuferträge im Exporthandel der Welt, die über Pfund abgeschlossen wurden, sind umgeworfen worden. Der deutsche Exporteur erhält den ausbedungenen Pfundbetrag; aber wenn er ihn in Mark umwechselt, erhält er 20 Proz. weniger als er kalkuliert hatte. Der deutsche Importeur, der seinen Kaffee in Pfundwechseln zu bezahlen hat, benötigt dagegen einen um 20 Proz. geringeren Markbetrag.

So hat die plötzliche Entwertung des Pfundes in die Handelsbeziehungen der Welt große Unruhe und Unsicherheit gebracht.

Die Flucht aus der Pfundrechnung ist allgemein.

Die südamerikanischen Staaten verkaufen nun noch nach Dollars; die Schifffahrt rechnet in aller Welt nur noch in Dollars; die deutsche Uhrenindustrie exportiert von jetzt ab gegen Reichsmark — die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Die kapitalistische Krise ist unerbittlich und ohne Ehrfurcht. Den Nimbus um den Namen Rothschild hat sie für alle Zeiten zerstört; und nun ist auch die „Alte Dame aus der Threadneedle Street“ von ihrem Thron gestürzt. Die Nachfolge hat einstweilen der Dollar angetreten. Aber niemand ist sicher, daß nicht auch der Dollarurs eines Tages „geworfen“ wird. Die Krise des kapitalistischen Systems macht nicht halt vor den Währungen. Weltwährungskrise und Weltwirtschaftskrise — das sind nur zwei Ansichten von ein und derselben Sache. Einen Ausweg aus dieser Anarchie wird nur ein neues, ein sozialistisches Weltwirtschaftssystem bringen.

H. Z.

Bersärfte Devisenpolitik.

Reichsbank vor neuen Maßnahmen.

Die Entwicklung der Devisenabzüge in der letzten Woche wird schon in aller nächster Zeit die Reichsbank zu einer Bersärfung der Devisenzwangswirtschaft veranlassen.

Nachdem schon in den beiden vorhergehenden Wochen etwa 200 Millionen Mark Devisenabflüsse bei der Reichsbank stattgefunden haben, wird die Devisenabgabe in der letzten Septemberwoche auch nicht an die 100 Millionen Grenze herankommen. Allerdings sind diese Abzüge an sich kein Grund zu besonderer Beunruhigung, da auf Grund des Stillhalteabkommens, das eine Freigabe der ausländischen Marktguthaben in Deutschland — zunächst mit 25 Proz. der Guthaben zum 15. September — vorsah, mit einer Inanspruchnahme der Devisenvorräte der Reichsbank mit 300 Millionen Mark mindestens gerechnet werden mußte.

Unerfreulich bleibt aber auf der anderen Seite, daß alle diese Anforderungen auf Kosten der Reichsbank befriedigt werden und daß nicht aus abgelieferten Exportdevisen und anderen Abgaben infolge der Devisenzwangswirtschaft genügend Beträge zur Verfügung stehen, die diese Ausfälle decken. Allerdings ist man erst ganz kürzlich durch die praktische Entwicklung auf gewisse Lücken der Kapitalfluchtverordnung gestoßen, die dann auch schnell verstopft wurden. Besonders dürften Kapitalflüchtlinge auf dem Umweg über Verkäufe deutscher Effekten im Auslande, die als ausländischer Besitz frisiert waren, durch dieses Loch der Kapitalfluchtverordnung hindurchgeschlüpft sein.

Bei der weiteren Bersärfung der Devisenbewirtschaftung ist in erster Linie damit zu rechnen, daß die generellen Genehmigungen, die bisher von der Devisenwirtschaftsstelle gewährt wurden, eingeschränkt werden. Außerdem wird man versuchen, eine schärfere Erfassung der Devisenbestände — hoffentlich auch der Exportdevisen (Red. d. B.) — durchzuführen.

Die Lebenshaltungskosten.

Schere zwischen Preisen und Kaufkraft bleibt offen.

Das Statistische Reichsamts teilt mit: „Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats September auf 134 gegenüber 134,9 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,7 Proz. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1 Proz. auf 124,9, für Bekleidung um 1,2 Proz. auf 135,8, für „Sonstigen Bedarf“ um 0,4 Proz. auf 183,2. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist um 0,9 Proz. auf 147,4 gestiegen; die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht geändert. In der Indexziffer für Ernährung sind weitere Preisrückgänge hauptsächlich für Kartoffeln und Gemüse eingetreten, die durch Preisrückgänge für Fleisch und Fleischwaren sowie für Eier nur zum Teil ausgeglichen wurden. Die Erhöhung der Ausgaben für Heizung hängt mit dem weiteren Abbau der Sommerabgabe zusammen.

Im Teuerungsindez ergeben sich also weiter zahlenmäßige Verschiebungen, die praktisch kaum in Erscheinung treten. Die festen Faktoren im Index, die steigenden Heizungs- und Beleuchtungs- und vor allem die Wohnungskosten, verhindern eine Anpassung der Lebenshaltungskosten an die gesunkenen Löhne. Auch wenn man hier den Index z. B. durch eine Massenverbilligung auflockern wollte, würde diese nicht genügen, um



12.⁵⁰

14.⁵⁰

DAMEN- UND HERRENSCHUHE

KNABEN- UND MÄDCHENSCHUHE

PREISE FÜR JEDERMANN

Mercedes-Schuhe



WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz



Friedrichstr. 61 • Potsdamer Str. 33

Wilmsdorfer Str. 54a • Steglitz, Schloßstr. 100

Thomas Alva Edison

Der Zauberer von Menlo Park gestorben

Von den vielen tausend Erfindern der Gegenwart wird ein Name sicherlich in die fernsten Jahrhunderte überliefert werden: Thomas Edison. Denn obgleich er keine der ganz großen Erfindungen wie Dampfmaschine oder Dynamomaschine gemacht hat, ist ihm doch eine so große Anzahl von Treffern zweiten Kalibers gelungen, daß sein Name populärer geworden ist als der irgendeines anderen Technikers der Gegenwart. Vor anderen Erfindern unterscheidet er sich dabei vor allem dadurch, daß er auch die Fabrikation und den Vertrieb seiner Erfindungen selbst in die Wege geleitet hat. Mit besonderer Vorliebe wandte er sich Objekten zu, die für einen großen Massenverbrauch geeignet waren, und eben deshalb wurde er rasch und auf der ganzen Erde bekannt.

Edison lebte als Kind in gedrückten Verhältnissen. Die Schule brachte ihm keine Befriedigung, sondern durch Mißverstehen von Seiten der Lehrer und des Vaters unangenehme Jahre, aber schon in dieser Zeit beschäftigte er sich lebhaft mit Experimenten aller Art. Bereits mit 11 Jahren sah sich der junge Edison gezwungen, etwas zum Lebensunterhalt zu verdienen, da seine Eltern Rot litten. Hier zeigte sich schon seine besondere Begabung, technische und wirtschaftliche Möglichkeiten zu kombinieren. Er besaß, Zeitungen zu verkaufen — aber nicht, wie alle anderen Jungen, auf der Straße, sondern um sich ein sicheres Absatzgebiet zu verschaffen — in Eisenbahnzügen! Es gelang ihm, die Erlaubnis dazu zu erwirken. Daneben baute er sich selbst einen Telegraphenapparat. Im Postwagen überließ man ihm ein kleines Abteil, das als Laboratorium, Werkstatt und Zeitungslager diente. Auf den verschiedenen Stationen erfuhr er oft Neuigkeiten von den Telegraphisten, und diese verwendete er in einer eigenen kleinen Zeitung, die er während der Fahrt druckte. Es war ihm so möglich, oft wichtige Nachrichten vor den großen Blättern zu bringen, und sein „Beetle Herald“ fand reichend Absatz, er hatte 500 Abonnenten und verkaufte ein paar weitere hundert an die Reisenden im Zuge. Sein täglicher Reinverdienst betrug damals 6 Dollar. Das Blatt erregte Aufsehen und wurde sogar in der „London Times“ als Unikum erwähnt. Diese ersten Erfolge des Elfjährigen nahmen aber durch einen Zufall ein rasches Ende. Bei seinen Experimenten verwendete er Phosphor, und als der Zug plötzlich einmal anhaltete, stürzte die glühende durch den starken Ruck auf den Boden und es entstand ein Feuer, das er und der Zugführer nur mit Mühe löschen konnten. Bei der nächsten Station setzte der Zugführer Edison samt allen seinen Apparaten und der kleinen Druckerei an die Luft. Edison betrieb danach die Zeitung weiter, mußte sie aber wegen seiner „freien Sprache“, die ihm viele Feinde eintrug, aufgeben und wandte sich nun der Telegraphie zu.

Er bewarb sich um die Stelle eines Telegraphisten, die er mit einem Anfangsgehalt von 25 Dollar bekam. Da er aber tagsüber keine Zeit für Versuche brauchte, war Edison nachts während des Dienstes müde und wurde vom Ueberwachungsbeamten oft schlafend gefangen. Seine Reibungen machte er unregelmäßig. Nun vereinbarte man, daß er alle halbe Stunde ein Zeichen geben müsse. Der schlaue Edison ließ sich bei der mutmaßlichen Ankunft von

Zügen durch einen Becker aus dem Schlummer reißten und die halb-schlafenden Zeichen durch eine selbstgebaute Maschine geben. Dies ging einige Tage ganz gut, bis ein Beamter eines Tages als das Zeichen ertönte, zurücktelegraphierte — und keine Antwort erhielt, trotzdem er 15 Minuten auf der Taste hämmerte. Er dachte, Edison sei ein Unglück passiert und eilte zu dessen Station — wo er ihn neben seiner Maschine schlafend fand. Nun war es um dessen Stellung geschehen.

Bei den zahlreichen Versuchen die Edison mit selbstgebauten Morseapparaten machte und für die er alle seine Einnahmen verwendete, gelang es ihm, allerlei Verbesserungen zu finden. Bis dahin konnte man auf einer Leitung immer nur ein Gespräch in einer Richtung telegraphieren. Edison erfand die Mehrfach-telegraphie und erreichte schließlich einen Rekord von 3100 Worten in der Minute. Für die damit zusammenhängenden Erfindungen bekam er gegen 100 000 Dollar.

Die Erfindung der Glühlampe war Edisons erfolgreichstes Unternehmen. Der deutsche Göbel konstruierte zwar als erster Glühlampen, doch waren diese für die Massenherstellung nicht geeignet. Edison erwarb dessen Patente und verbesserte die Lampe so, daß er sie 1880 in den Handel bringen konnte. Es waren dazu außerordentlich umfangreiche Vorarbeiten notwendig. Monate vergingen, bis es ihm gelang, das geeignete Material für die Kohlenfäden zu bekommen und Lampen mit 100stündiger Brenndauer herzustellen. Dann mußte er das gesamte Installationsmaterial erfinden. So stammen die Fassungen und Sicherungen von ihm. Die erste größere elektrische Beleuchtungsanlage wurde in New York am 4. September 1882 eröffnet. Sechs Dynamomaschinen à 150 PS lieferten einen Strom von 110 Volt Spannung. Die Anlage war noch ziemlich primitiv — es gab keine Reservereise — und trotzdem blieb sie 8 Jahre ununterbrochen im Betrieb, mit einer einzigen Störung.

Die Sprechmaschine ist ebenfalls von Edison erfunden. Jahrelang arbeitete er auch an dem Problem des leichten Akkumulators. Die Lösung gelang ihm nur unvollkommen. Immerhin sind die Edisonschen Nickel-Eisen-Akkumulatoren in vielen Fällen den Bleiakkumulatoren überlegen, aber die hohen Kosten stehen ihrer allgemeinen Verbreitung im Wege. Ingefaßt behält Edison über 3000 Patente. Seine Erfindungen werden von eigenen Gesellschaften ausgenutzt. Er war ein ebenso großer Organisator wie Erfinder. Die Elektrifizierung von Oberitalien mit ihren zahlreichen Kraftwerken und Talsperren wurde von seiner Gesellschaft durchgeführt.

Gegenüber anderen Größen des amerikanischen Wirtschaftslebens aus Edisons Jugendzeit wirkt er besonders sympathisch. Seine Tätigkeit schuf wirkliche Werte, und er beschränkte sich nicht darauf, einfach Kapitalien anderen Leuten abzunehmen und sie in einer Hand zu vereinigen. Immerhin entwickelte er das „Erfinden“ zu einer Art Geschäft und man kann vermuten, daß er mit seinem Namen und seinem Geld die Erfindungen zahlreicher Mitarbeiter vermerkte.

Dr. R. Lämmel.

Chef. Er grunzte wie ein kranker Elefant. Seine Augen rollten wie verrückt gemordene Schnecken. Er fragte: „Sind Sie das, Gefälle, der gestern an den freien Verband der Nahrungsmittelarbeiter geschriben hat?“ — „Jawohl, Meister.“ — Und er schrie: „Das verbitte ich!“ Und ich sage gar nichts mehr — Schluß: Feder! Ich bin wie ein blühswangeres Gewitter. Reicht auch in acht. Meister, du bist der morsche Eichbaum. In der Wolke gärt der Blitz.

Donnerstag. Heute haben wir Ueberstunden gemacht. Da ist 'ne Hochzeit. Der Kool sagt, der Altgeselle. — „nö“ sagt er — „die Ueberstunden kriegen wir hier nicht bezahlt.“ Ra, warte, dicke Chef-Eiche, ich schreibe jetzt noch ans Sekretariat des Verbandes, von wegen der Ueberstunden. Jawohl, Meister, beiz Gefälle ist einer von den Kosen. Und die Briefmarke soll Frieda wieder von unten holen, bei Madama an der Lodenkasse, ich habe doch keine Angst. Hu, wie's regnet. Ich habe kalte Füße. 's is Herbst.

Freitag. Frieda sagt, die Madama habe wieder mit zwei spitzen Augen auf die Briefadresse geguckt — „An das Sekretariat der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.“ Prost, Chef Eiche, der rote Feuerwein wird dich gesund machen, das wird 'ne gute Entsetzungskur. — Jawohl, der Gerd ist ein Kämpfer. Frei Welt!

Samstag. Ich bin getündigt. Ich bin traurig drum — wegen Frieda. Und ich freute mich über die Kündigung — weil ich hier was hinterlasse. Das Einschreibepaketchen mit den vier Verbandsbüchern ist da. Das war ein Wetterföhl in den Hintern des Meisters Eiche! Gewiß, mich hat er getündigt, mich wird er 'ons schmeißen — aber den Verband kann er aus seiner Bude nicht mehr hinaus-schmeißen — der Verband wird nach Ordnung und Einhaltung der Tarife sehen. Meister: Schach-matt!

Sonntag. Mein letzter Sonntag in Kleinstadt. Ohne Frieda. Sie ist zu ihren Eltern. Und doch mit Frieda — dieser Sonntag lag Frieda im Herzen. Durch den Wald sind wir gegangen — das Gold und der Purpur und der Bernstein rauschte um meine Füße — Herbstlaub — der Sturm trompetete in den Wipfeln der Buchen — das war wie die Götterdämmerung von Richard Wagner. Die Herbstwolken verblühen sich, wie grimmige Tiger — doch durch Sturm und Wolkenjagd sah ich den Hochzeitszug — einen süßlich wandernden Keil wilder Schwäne. Und mein Herz horchte mit Frieda auf — Lobengren, der Hochzeitsmarsch! Der Meister schreibt mich fremd, lebe wohl, Kleinstadt. Nach Sieden will ich wandern — dahin, wohin die Schwäne gehen. „Fern im Süd, das freie Spanien!“ Frieda, geht mir's in Spanien gut, dann laß ich dich nach Madrid kommen — wir baden dort republikanisch Brot — schwarz die Korinthen, rot die Rosinen, golden die Kruste. Deutsche Bäcker sind in der ganzen Welt willkommen, denn sie können was. Und jetzt will ich träumen. Gute Nacht, liebe Frieda!

Millionen Fingerabdrücke

Als den eigentlichen Begründer der modernen Daktyloskopie, jener Methode zur Wiedererkennung von Verbrechern, die auf der unendlichen Mannigfaltigkeit der feinen Hautlinien an der Innenseite der Fingerspitzen beruht und heute ein unentbehrliches Hilfsmittel des Kriminalisten bildet, dürfen wir wohl den englischen Arzt Dr. Henry Faulds ansehen. Während seiner Tätigkeit in einem japanischen Spital stellte er fest, daß sich jene Linien nicht nur während eines auch noch so langen Lebens nicht im geringsten verändern, sondern sich auch, wenn sie zeitweise vermittelst Säuren oder anderer Reizmittel zum Verschwinden gebracht werden, mit untrüglicher Sicherheit in genau der gleichen Form erneuern.

Sir Francis Galton, der berühmte englische Naturforscher und Begründer der Rassenhygiene, unternahm den nächsten wichtigen Schritt. Nach ausgedehnten Untersuchungen kam er zu dem Schluß, daß nicht ein Fingerabdruck dem anderen gleich. Seine Idee wurde von Sir E. Henry, einem Kriminalkommissar der Londoner Polizeistation Scotland Yard, ausgebaut, der eine einfache Methode zur Klassifizierung und Katalogisierung der Fingerabdrücke erfand.

Am 1. Juli 1931 befanden sich im Washingtoner Identifizierungsbüro nicht weniger als 2536 308 Fingerabdrücke von Schwerverbrechern, ergänzt von 3541 519 Kartothekblättern, die die wirklichen und angenommenen Namen, die Unterschriftsproben und die verhängten Strafen der Daktyloskopierten enthalten. Nicht weniger als 1000 Personen werden in den Vereinigten Staaten tagtäglich wegen Diebstahls verhaftet, bei deren Verhaftung die Gesehgebung die Daktyloskopierung vorschreibt. Jeder neue Fingerabdruck wird nach Washington gesandt und dort mit den bereits vorliegenden verglichen. Wird keine Übereinstimmung mit einem schon vorhandenen festgestellt, so kennt die Polizei an jedem beliebigen Ort der USA zwei Tage später den wirklichen Namen und die eventuellen Vorstrafen des Verhafteten. Von 447 301 Fingerabdrücken, die in der Zeit vom Juni 1930 bis zum Juni 1931 dem Identifizierungsbüro in Washington eingelangt worden sind, wurden 36 Prozent identifiziert.

Die eintreffenden Fingerabdrücke gelangen zuerst in die technische Abteilung, wo sie analysiert und in die entsprechende Klasse eingereiht werden. In einer anderen Abteilung wird untersucht, ob der Fingerabdruck bereits im Archiv enthalten ist. Wenn dies der Fall ist, dann wandert der neu eingetrossene Fingerabdruck zugleich mit dem alten in die Kartothek, wo die vorhandenen Daten hervorgehoben werden. Der ganze Vorgang nimmt kaum eine halbe Stunde in Anspruch. Ein Spezialfachverständiger überprüft noch einmal die Identität, und dann geben Verhaftungsschreiber an die Behörde, die den Fingerabdruck eingelangt hat, und an alle sonstigen Ämter, die mit dem betreffenden Verbrecher schon zu tun gehabt haben. Die Organisation klappt heute schon so vorzüglich, daß sogar bereits auf telephonischem Wege Identifizierungen vorgenommen werden konnten.

Der erste auf Grund seiner Fingerabdrücke überführte Verbrecher war der Einbrecher Henry Jones. Bei seiner Verhaftung stellte er entrüstet jede Schuld in Abrede. Aber es wurde festgestellt, daß sich Jones der Mühe unterzogen hatte, die Haut von der Innenseite seiner Fingerspitzen abzuschaben, was ihm sicherlich kein besonderes Vergnügen bereitet haben mußte. Jones hatte jedoch nicht das Werk des Dr. Faulds gelesen. Denn die Polizei wartete, bis Jones die Haut nachgewaschen war, und schickte dann Abdrücke der neu entstandenen Hautlinien nach Scotland Yard. Dort wurde festgestellt, daß es sich um die Fingerabdrücke des berühmten Täufers und Einbrechers Henry Jones handelte, der bereits siebenmal zu Kerkerstrafen verurteilt worden war.

Seit einigen Jahren nehmen die Militär-, Marine-, Polizei- und Prohibitionsbehörden der Vereinigten Staaten allen Aufnahme-werbern Fingerabdrücke ab. Das hat schon zu allerlei merkwürdigen Ergebnissen geführt. So bewarben sich im Jahre 1928 tausend Kandidaten um Anstellungen als Inspektoren der Prohibitionsbehörde. Die Behörde konnte an Hand der Fingerabdrücke feststellen, daß zwölf dieser Bewerber Vorstrafen nicht nur wegen Diebstahls, Betruges und Fälschungen, sondern auch wegen schwerer Vergehen gegen das Prohibitions-gesetz erlitten hatten.

L. K.

Die Bezeichnung „Marmelade“ stammt aus dem Portugiesischen, und zwar geht der Name auf die portugiesische Quitten „Marmelo“ zurück, aus der ursprünglich die Marmelade bereitet wurde.

Max Dortu: Aus dem Tagebuch eines Bäckers

Montag. Das war heute der erste Tag auf meiner neuen Arbeitsstelle. Ich hatte nicht gehofft — so schnell Arbeit zu finden, noch dazu: von der Walze aus. Im allgemeinen gucken die Meister einen wandernden Bäcker schief von der Seite an — haben die Wanderluste vielleicht zu viel gesehen? Jedenfalls: die Un-erfahrung ist bei den Herren der Backstube lieber gesehen — als die Erfahrung. Ich bin müde, ich gehe ins Bett, wir schlafen mit vier Mann in einem Zimmer. Nebenher schläft Frieda, Meisters Puhmädchen. Unten, auf den Garten hinaus — schlafen des Meisters drei Töchter. Wenn ich ein Vögeln wär?

Dienstag. Der Betrieb ist lauter und gut. Nur die Organisation — da hopert's. Keiner ist hier organisiert. Eine Backstube ohne freien Verband aber ist wie ein Herz ohne Lunge. Wir sind Bäcker und Konditoren. Da ist auch 'n Café beim Geschäft. Es ist jetzt halb elf vor Mitternacht. Im Café spielt Meisters Tochter Klavier — 's ist 'n Walzer. Die zwei anderen Töchter werden wohl tanzen — um die Marmelade herum, mit jungen Kavaliereen. Der Wand scheint durchs Fenster — ganz blaß, wie 'ne geruppte Eule. Gute Nacht, Walzer.

Mittwoch. Frieda ist 'n nettes Mädel. Sie ist 'ne Bauers-töchter. Zweiwundzwanzig ist sie. Sie arbeitet schon zwei Jahre hier. Solange bleibe ich nicht — meine dreiwundzwanzig Jahre wollen fliegen — frei durch die Welt — und dann: 'ne unorganisierte Bude — aber vielleicht kann ich gewinnen, werden, ich will meinen roten Turm ziehen — ich will dem bösen König Schach-matt bieten — der Unorganisation will ich zu Leibe gehen, ich bin Gerd: der rote Bäcker! Wenn Frieda mich Gerd nennt — dann klingl das immer so, als ob eine Amsel im Birnbaum singe.

Donnerstag. Das is hier 'ne Kleinstadt. Sie haben nicht mal 'n Gewerkschaftshaus. Aber 'n Kriegerverein mit Trompeten. Der Meister kommt nie in die Backstube — er hat wenig Zeit — er geht auf Jagd, mit drei Hunden. Die Madama ist furchtbar hinter's Geschäft her. Frieda sagt: „Madame lebt nur fürs Geld!“ Und Frieda sagt: „Madames Töchter leben nur für die Liebe!“ Gerade spielen sie wieder unten im Café: „Nur einmal blüht...“ Frieda, wann blüht denn dein Mai? Sonntag will Frieda mit mir ausgehen. Wie ist es hier im Zimmer so stickig — niedrig die Decke — jamahl: wir schlafen in dieser Kausefalle mit vier Mann. Nicht aus!

Freitag. Zwei Uhe nachts. Unten schmeigt alles. Der Wand wird kleiner. Und mein Herz wird größer. Heute abend war unfer kleines Schlafzimmer die große Welt. Der Kool hat erzählt, der Alte, der Altgeselle, Bäcker und Konditor — schon zwanzig Jahre bei Meisters in Stellung — früher war er mal organisiert — er ist meit, gereift — er hat 'ne blaue Nase — er war in Wien, Mailand, Paris — hoo, wie er da erzählt hat — da haben die zwei Lehrlingens die Mäuler aufgesperrt — die weite schöne Welt, mein Herz wird größer! Der Kool sagte: „Ja, Verband, ich bin davon abgetommen, und wenn ich die Sache in die Hand genommen hätte — der Chef hätte mich 'rausgeschmissen — und ich will doch hier meine alten Tage.“ Aber schließlich hat er mir doch die Hand gegeben. Unsere beiden Herzen brannten ineinander. Vor dem Fenster erschraf der blaße Mond, er wird kleiner, der Bauch ist ihm schon weggeschmolzen. Was Frieda wohl träumt?

Samstag. Ich war mit dem Kool in der Wirtschaft. Wo die Arbeiter verkehren. Endlich hab ich mal wieder sozialistische Lust gealmt. Freie Gewerkschaftsgenossen — am Grammo haben wir die Internationale spielen lassen. Und der Kool hat sein Wort gehalten, mein alter Arbeitsgenosse hat sich zum Verband an-

gemeldet, ich hatte Werbezettel, er hat unterschrieben. Als wir heimgingen, mußte ich den Kool unter den Arm nehmen, er schwankte ein wenig — das ist nicht sozialistisch! Morgen gehe ich mit Frieda aus.

Sonntag. Ich glühe noch wie ein Komet, der brausend durch alle Himmelsräume geflürt ist. Wenn ich gewollt hätte — dann hätte ich Frieda 'nen Ruß geben können. Wir haben getanzt. Bäcker und Bäckerin wirbelten wie zwei Wien, die Musik war die Sonne, all die Mädchen waren die Blumen, der ganze Tanzsaal war ein Garten. Frieda hat mir von zu Hause erzählt. Ihr Vater hat vier Kühe und eine Frau. Und diese Frau ist Friedas Stiefmutter. Drum ist Frieda in Stellung. Frieda ist schwemmer als ich — ich bin mager wie 'ne alte Semmel, Frieda ist wie 'n Stollen, rund und weich und milchig — ihre Augen glühen wie Rosinen. Frieda is nich dumm — wenn sie auch 'ne Bouerstochter is. Sozialismus und Verband — so was hatte Frieda noch nie gehört — „dir zu Liebe, Gerd“ jagte sie — „gewiß, wenn du glaubst, daß es gut ist, dann trete ich dem Verbands der Nahrungsmittelarbeiter bei, du sagst ja, es seien doch viele Mädchen drin.“ Da, so hat sie gesagt. Morgen schick ich ihren Aufnahmezettel fort, mit dem Kool' seinen — er schwärmt wie 'nen gegötes Brett. Vielleicht kann ich die Lehrlingens auch noch gewinnen — sie schlafen alle beide in einer einzigen Falle, untern schlafen Mansfordendach — die Jungens sehen aus wie 'n paar gefangene Mäuse. Gute Nacht, Genossen Frieda, ich bin dein Komet und reike du auf mir bis ans Ende der Welt!

Montag. Heute war große Aufregung im Haus. Der Chef ist krank. Frieda sagt — „das Foh hat mal wieder 'nen Sprung getriegt“ — das Foh, der Bauch des Herrn Chef, wenn er zuviel trinkt, dann bleibt ihm immer das Herz stehen — der Arzt kommt dann, und der Uhrpendel wird wieder angehalten. Der Chef ist ein großer Jäger, drei Jagdhunde. Frieda sagt: „Er is auch 'n Schürzenjäger.“ „Ich könnte erzählen“, sagt Frieda, und dabei schürzt sie ihre Lippen wie 'nen Schweinerüssel. Draußen regnet es — oh, die armen Kunden, jetzt draußen im Walde schlafen...

Dienstag. Frei Heil! Erfolg. Krau hätte ich die ganze Bude organisiert. Die Lehrbuben haben auch unterschrieben — für die Jugendgruppe der freien Bäcker — hoffentlich sind bis Samstag die vier neuen Verbandsbücher hier, morgen früh gebe ich den Brief mit den vier Aufnahmen gleich zur Post. Marke habe ich noch keine — Frieda kann sich die Marke im Laden geben lassen. Der Chef muß wieder gesund sein — unten im Café spielt Fräulein Cusalia, die is die jüngste: „Ein freies Leben führen wir!“ Sie haben ein Auto, 'n blaues, die drei Meisters-töchter, 'n Luxusauto, aus Brot gebacken — 'n großes Auto, es gehen sechs Personen hinein, ins blaue Damenauto — drei Bäckerstöchter und drei Rosenkavaliere. Vollgas, ab — zur „Himmelskause“, Fräulein Cusalia sitzt am Venker! Ooh, wir vier armen Bäcker hier in der Kausefalle. Aber nebenan schläft mein Schach — mein Rosinen-luchen Frieda. Ich habe heute auch meiner Mutter 'ne Ansichtskarte geschickt — als ich schrieb: „Dein treuer Sohn“, da hat mir was im Herzauge gejuclt. Wenn ich länger hier bin, schick ich Mutter Geld.

Mittwoch. Ich bin wie Gewitter — blühswanger bin ich — ich könnte überall einschlagen — ich bin zum Chef 'rumter gerufen, er sah bei 'ner Flasche Wein — ein knurrender Jagdhund lag ihm zwischen den Beinen — um den Bauch trug er 'nen feuchten Bichel — der dampft laise — er is noch nicht ganz gesund, der

Jubiläum Otto Wels.

40 Jahre Parteimitglied.

Unser Parteivorstand Otto Wels begeht heute einen Gedenktag, der sonst meist mit der Vorstellung weißhaariger Jubilare, die in wohlverdienter Ruhe ihren Lebensabend genießen, verbunden ist. Vor vierzig Jahren, am 1. Oktober 1891, ist er der Sozialdemokratischen Partei beigetreten.

Es ist schwer, sich vorzustellen, daß der noch so lebenssprühende Otto Wels, dem selbst schwere, zum Glück aber nur vorübergehende Erkrankungen in den letzten Jahren nichts anhaben konnten, bereits auf vierzig Jahre Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zurückblicken kann. Die Erklärung dafür liegt eben in der Tatsache, daß Wels bereits mit 18 Jahren organisiertes Mitglied der Partei wurde; und was das zu jener Zeit bedeutete, das wird wohl nur die ältere Generation voll ermessen können.

Sehr bald gelangte Wels durch seinen unermüdbaren Fleiß und seine agitatorischen Gaben zu führenden Stellungen in seiner Gewerkschaft, dem Tapeziererverband, und in der Partei. Berlin und Brandenburg waren das Feld seiner Tätigkeit, und er gehört zu denen, die die heute so prächtig gedeihende Parteiorganisation in Brandenburg unter den schwierigsten Verhältnissen mit aufbauen halfen. In dieser großen Provinz rings um die Hauptstadt gibt es wohl keine Stadt und kein Städtchen, in der er unter den älteren Genossen der Ortsvereine nicht eine kleine Schar von Freunden und Verehrern zählt, die schon vor mehr als einem Menschenalter seine Mitkämpfer auf scheinbar verlorenem Posten waren.

Aber auch die Berliner dürfen ihn nicht nur der Geburt nach, sondern auch nach der parteigeschichtlichen Verbundenheit zu den ihrigen zählen und sie sind stolz darauf, daß so ein „richtiger Berliner“ an der Spitze der Gesamtpartei steht. Das zeigt sich immer wieder aufs neue, wenn Otto Wels in Funktionärversammlungen oder bei sonstigen großen Veranstaltungen der Partei das Wort ergreift.

In allen Teilen des Reiches, wohin er auch zu den Genossen kommt — oder die Genossen zu ihm nach Berlin —, genießt er wie kein anderer das Vertrauen der Partei, ohne Unterschied des Alters, der sozialen Stellung oder der „Schattierung“. Aber wohl nirgends ist er so vollstimmlich wie in seiner Vaterstadt, die in ihm den echten und unverwundlichen Proletariatssohn erblickt, auf den man sich gerade in den kritischsten Zeiten unbedingt verlassen kann. Und es gibt in unserer Millionenpartei niemand, der nicht als eine Selbstverständlichkeit hofft, daß er als ebenso rüstiger Parteivorstand wie heute am 1. Oktober 1931 sein fünfzigstes Parteijubiläum feiern wird.

Goldene Rückzugsbrücken für Japan.

Beschluß des Völkerbundrates.

Genf, 30. September. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundsrat hat sich am Mittwoch auf den 14. Oktober vertagt. Die letzten Beratungen des Rates gipfelten dem Konflikt in der Mandchurei. Sie wurden einmal auf eine Stunde unterbrochen, da Japan sich der Aufnahme einiger chinesischer Vorschläge in der abschließenden Entschließung erfolgreich widersetzt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlas der Ratspräsident zunächst eine Erklärung, in der gesagt wird, daß

Japan mit der Verlagerung Zeit gelassen werden solle, seine Truppen ohne Schaden für das Leben und Eigentum der Japaner in der Mandchurei zurückziehen zu können. (1)

Die dann verlesene Entschließung nimmt Kenntnis von den Maßnahmen Japans nach dem Eingreifen des Rates, unterstreicht die Bedeutung der japanischen Erklärung, wonach keine Eroberungsabsichten in der Mandchurei bestehen, wünscht, daß in kürzester Frist die Truppen restlos zurückgezogen werden und macht China verantwortlich für die Sicherheit der japanischen Interessen außerhalb der Eisenbahnzone, sobald die chinesischen Behörden und die Polizei wieder eingesetzt sei. Von beiden Parteien wird die Beschleunigung der Wiederaufnahme normaler Beziehungen und die fortlaufende Unterrichtung des Rates über die Entwicklung der Lage verlangt. Wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eine dringende Einberufung des Rates notwendig machen, wird er am 14. Oktober in Genf zusammentreten, um die Lage zu prüfen. Falls auch der Zusammentritt des Rates am 14. Oktober nicht mehr nötig ist, soll der Präsident in Übereinstimmung mit den Parteien und den übrigen Ratsmitgliedern die Sitzung annullieren.

Yoshizawa nahm die Entschließung ohne Vorbehalt an. Für die offen gebliebene Frage der Beschaffung von Informationen an Ort und Stelle lehnte er spezielle Maßnahmen ab. Jedes Mitglied des Rates könne dagegen an das Sekretariat alle Informationen senden, die seine Regierung am Ort der Ereignisse gesammelt habe.

Chinas Vertreter Sze stellte mit Befriedigung fest, Japan habe endlich anerkannt, daß der Rat Informationen am Ort nötig habe. China werde gern dazu beitragen. Die Erklärung Japans sei der erste Schritt zur Herstellung normaler Beziehungen. Indem der Rat bis zur Herstellung des status quo weiterzugehe, habe er seine Verantwortung voll gewahrt. Wenn am 14. Oktober der Rückzug der japanischen Truppen vollständig erfolgt sei, hätten die Einrichtungen des Völkerbundes ihre Wirksamkeit bewiesen, wenn aber nicht, müsse der Rat weitere Maßnahmen erwägen. Für diesen Fall habe China eine Untersuchungskommission vorgeschlagen. Er hoffe aber, daß bis dahin keine neue Aktion nötig sei. Die Herstellung des status quo sei nur ein vorläufiger Schritt. China behalte sich alle Rechte aus dem Völkerbundspakt vor, die Hilfe auch bei den darauffolgenden Verhandlungen über die Feststellung der Verantwortlichkeit und der Wiedergutmachungsschäden in Anspruch zu nehmen. Mit diesem Vorbehalt nahm China die Resolution an, während Japan ausdrücklich die chinesische Auslegung zurückwies.

Außenminister Wang zurückgetreten.

Tokio, 30. September. (Eigenbericht.)

Aus Schanghai wird gemeldet, daß der chinesische Außenminister Wang, der kürzlich bei einem Attentat schwer verletzt wurde, sein Amt niedergelegt hat. An seine Stelle sei der chinesische Delegierte beim Völkerbund Sze mit der Leitung des Außenamts beauftragt worden.

Franzens Nachfolger im Reichstag. An Stelle des Abgeordneten Dr. Franzen, der sein Mandat zum 30. September niedergelegt hat, tritt der Landmann Martin Rathjessen, Auhof bei Melndorf in Schleswig-Holstein (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei), in den Reichstag.

Glückliche Abgebaute!

Das Oberlandesgericht Rostock billigte der Prinzessin Marie zu Lippe, der Prinzessin Milica von Montenegro und der ehemaligen Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin sechs- und siebenstellige Aufwertungen ihrer Abfindungen zu.



Die Krieger- und Witwenrenten sind abgebaut, die Löhne und Gehälter sind abgebaut, die Arbeitslosenunterstützung ist abgebaut, aber abgebaute Prinzessin zu sein, heidi — das lohnt sich!

Konsequente Unternehmer.

Geheime Beschlüsse der Spitzenverbände des Unternehmertums.

Die Erklärung, die der Reichsverband der Deutschen Industrie in Gemeinschaft mit allen übrigen Spitzenverbänden des deutschen Unternehmertums gestern veröffentlicht hat, hat die Leser dieses Dokuments teilweise deshalb enttäuscht, weil es nicht gerade sehr neue Ideen sind, die in ihr vertreten werden. Die Forderungen: Lohnsenkung — Steuerentlastung — Beseitigung der Hauszinssteuer — der Wohnungszwangswirtschaft usw. haben schon einen etwas klischeemäßigen Charakter angenommen. Wie wir aber aus zuverlässiger Quelle erfahren, haben die Unternehmerverbände neben ihrer allgemeinen Erklärung eine Reihe von sehr wichtigen Geheimbeschlüssen gefaßt, die den Charakter von praktischen Durchführungsvorordnungen für die von den Unternehmern aufgestellten Grundzüge aus eigener Kraft darstellen. Obwohl wir nicht über eine vollständige Liste dieser geheimen Beschlüsse verfügen, glauben wir doch, der Öffentlichkeit die wichtigsten uns bekanntgewordenen Beschlüsse dieser Art nicht vorzuenthalten zu dürfen:

1. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der vom Reich übernommenen Garantien für die Danat-Bank und für die Akzept- und Kreditbank wird angefochten. Um die möglichst schnelle Beseitigung dieser Garantien, die als ein Verstoß gegen die individualistischen Grundlagen der Wirtschaft anzusehen sind, herbeizuführen, soll die Einleitung eines Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof unverzüglich in die Wege geleitet werden. (Betrifft im besonderen den mitunterzeichneten Zentralverband des deutschen Banken- und Bankiergewerbes.)

2. Die geplante Übernahme der Mehrheit der Danat-Bank-Aktien durch eine Gruppe von Großindustriellen soll in der Weise erfolgen, daß die Uebernehmer der Aktien den Gegenwert des Kapitals sofort in voller Höhe der Danat-Bank zur Verfügung stellen. Jede Zwischenfinanzierung mit Reichsmitteln ist abzulehnen, da sie gegen den Grundgedanken der Reinerhaltung des individualistischen Wirtschaftssystems verstößt. (Betrifft im besonderen den Reichsverband der Deutschen Industrie und den Zentralverband des deutschen Banken- und Bankiergewerbes.)

3. Die Firma Bortig wird angewiesen, die ihr von der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellten Vorschüsse auf spätere Lieferungen sofort zurückzuzahlen, da in der Gewährung derartiger Vorschüsse eine Verflüchtigung der Marktlage zu erblicken ist. (Betrifft im besonderen die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände.)

4. Die Firmen der deutschen Wertindustrie haben un-

verzüglich die ihnen gewährte Befreiung vom Dienst der Industrieobligationen rückgängig zu machen und die Zahlungen dieser Leistungen wieder aufzunehmen, da in derartigen Sonderbefreiungen der Ausdruck einer Interessenpolitik zu erblicken wäre.

(Betrifft im besonderen den Reichsverband der Deutschen Industrie.)

5. Auf die Subventionen des Reichs und Preußens für den Mansfelder Kupferbergbau ist ab 1. Oktober 1931 zu verzichten, da der internationale Kupferpreisrückgang, der bisher als Begründung für diese Subventionen angesehen wurde, ohne Zweifel nur eine Folge des Hin- und Herbewandens zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist. (Betrifft im besonderen Deutschen Industrie- und Handelstag und Reichsverband der Deutschen Industrie.)

6. Auf die Reichsgarantien für Lieferungen nach Rußland ist von allen beteiligten Firmen unverzüglich zu verzichten, da hier ein besonders schädliches Kompromiß zwischen kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsmethoden vorliegt. (Betrifft im besonderen Reichsverband der Deutschen Industrie, Deutschen Industrie- und Handelstag, Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels.)

7. Die sofortige Aufhebung des Eisenzolles ist zu beantragen, da hierin ein wichtiger Weg zu der allgemein geforderten Auflockerung des Preisniveaus zu erblicken ist. (Betrifft im besonderen Reichsverband der Deutschen Industrie.)

8. Um die volle Unabhängigkeit der Reichsregierung von Interessenten- und Parteipolitik zu sichern, wird den sämtlichen Verbänden, die die Erklärung veröffentlicht haben, und den ihnen angeschlossenen Unterverbänden aufs strengste unterzogen, mit irgendwelchen Regierungsstellen im Reich und in den Ländern in irgendwelche Besprechungen über Einzelfragen einzutreten. Das gleiche gilt für alle Einzelfirmen und Unternehmer, die einem der Verbände direkt oder indirekt angehören. Von Seiten der sämtlichen Spitzenverbände des Unternehmertums dürfen in Zukunft materiell Parteien nur dann unterstützt werden, wenn sich ihre Führer verpflichten, sich von jeder Fühlungnahme mit der Reichsregierung fernzuhalten, damit diese in voller Unabhängigkeit von der Parteipolitik arbeiten kann. (Betrifft im besonderen Herrn Dingeldey.)

Da ein Ausweg aus dem unerträglichen Zustand der Wirtschaft sofortiges Handeln erfordert, sind diese vorläufig — um dem entschlossenen Handeln keine Schwierigkeiten zu bereiten — geheim gehaltenen Beschlüsse innerhalb einer Woche in die Tat umzusetzen.

Man darf daher in den nächsten Tagen auf eine Reihe von recht interessanten Vorgängen auf den in diesen Beschlüssen berührten Gebieten rechnen. K. Nif.

Sozialdemokratie und Wohnungsbau.

Ein Antrag im Wohnungsausschuß.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages haben die sozialdemokratischen Vertreter folgenden Antrag eingebracht:

„Die ungeheure Arbeitslosigkeit macht die Neubelebung des Wohnungsbauwesens zur gebieterischen Notwendigkeit. Daher muß bei einer Neugestaltung der Hauszinssteuer auf folgende Punkte Rücksicht genommen werden: 1. Die Mittel für den Wohnungsbau müssen im bisherigen Umfang erhalten bleiben und ausschließlich für den Kleinwohnungsbau verwendet werden. 2. Die Ausgleiche für die Mehrbelastung der Hausbesitzer durch die Erhöhung des Aufwertungsanzwachsens darf nur individuell im Rahmen der Rotverordnung vom 5. Juni 1931 durchgeführt werden. 3. Die Eigentümer von Alteilnehmern mit einem Friedenswert bis zu 5000 Mark sind von der Hauszinssteuer freizustellen. 4. Wenn darüber hinaus eine Senkung der Hauszinssteuer durchgeführt werden soll, muß sie für die Senkung der Mieten, in erster Linie für die Senkung der Neubaumieten, verwendet werden.“

Aus dem Haushaltsausschuß.

Am Dienstag, dem 29. September, und am Mittwoch, dem 30. September tagte unter dem Vorsitz des Abg. Stücken (Soz.) der ständige Unterausschuß des Haushaltsausschusses. An der Hand eines Berichts des Spartenkommissars wurden Organisationsfragen des auswärtigen Amtes, und auf

Grund eines detaillierten Berichts wurde die Organisation und Funktion der Osthilfe besprochen.

Zeitungsverbote.

Die Hamburger Polizeibehörde hat das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“ einschließlich der Kopf- und Ersahblätter für die Zeit vom 30. September bis 7. Oktober einschließlich auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen verboten.

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat das Erscheinen der in Altona herausgegebenen kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ auf die Dauer von drei Wochen, vom 30. September bis einschließlich 20. Oktober 1931 verboten.

Die nationalsozialistische Tageszeitung „Westdeutscher Beobachter“ in Köln ist durch Erlass des Oberpräsidenten der Rheinprovinz im Anschluß an das bereits am 26. d. M. bis zum 11. Oktober erlassene Verbot auf weitere zehn Tage, und zwar bis zum 21. Oktober 1931 einschließlich verboten worden.

Das Hauptblatt der Nummer 227 der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ in Stuttgart vom 30. September ist auf Grund der Rotverordnung beschlagnahmt worden.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die Düsseldorfener nationalsozialistische Zeitung „Volksparole“ wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit bis zum 24. Oktober verboten.

